

1 Antrag A1

2 Beschlussvorlage des Landesvorstandes (06.10.2016) für das Regierungsprogramm
3 2017-2022

4

5

6

7

8

9

10

SCHLESWIG-HOLSTEIN

GERECHT UND MODERN

11	Inhaltsverzeichnis	
12	Einleitung.....	3
13	Starke Familien – Starke Kinder – Starke Gesellschaft	6
14	Jugend	7
15	Gleichstellung.....	8
16	Teilhabe von Menschen mit Behinderung.....	11
17	Gesundheitsversorgung.....	11
18	Pflege	14
19	Verbraucherschutz und Verbraucherrechte	17
20	Bezahlbarer Wohnraum ist ein soziales Grundrecht	18
21	Gute Arbeit in Schleswig-Holstein.....	19
22	Schulen.....	22
23	Berufliche Bildung	29
24	Weiterbildung.....	30
25	Hochschulen, Wissenschaft und Forschung.....	31
26	Nachhaltige Wirtschaftspolitik für Schleswig-Holstein	35
27	Tourismus als nachhaltiger Wirtschaftsfaktor	37
28	Digitalisierung.....	39
29	Mobilität	40
30	Umwelt – Lebensgrundlage und Kulturerbe.....	43
31	Energiewende weiter vorantreiben.....	45
32	Landwirtschaft	46
33	Kommunales.....	48
34	Vielfalt und Anerkennung – So gelingt Integration	49
35	Handlungsfähiger Staat und Demokratie.....	50
36	Sport.....	54
37	Kultur	55
38	Medien und Medienkompetenz.....	56
39	Minderheiten	58
40	Schleswig-Holstein in der Mitte Europas	59
41		

42 **Einleitung**

43 **Woran wir glauben**

44 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - das sind seit Gründung vor über 150 Jahren die
45 Grundwerte der SPD.

46 **Freiheit** bedeutet, selbstbestimmt zu leben. Ohne Gängelei, ohne, dass sich der Staat in
47 das einmischt, was ihn nichts angeht. Zum Beispiel wie Familie aussieht. Wir wollen
48 dabei helfen, dass alle Menschen ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten
49 können.

50 **Gerechtigkeit** bedeutet gleiche Chancen für alle. Unabhängig von Herkunft, Geschlecht
51 oder sexueller Orientierung. Der wichtigste Schlüssel dafür ist Bildung. Deshalb haben
52 wir z. B. Studiengebühren in Schleswig-Holstein verhindert. Und wir sorgen dafür, dass
53 Krippen und Kitas schrittweise gebührenfrei werden.

54 **Solidarität** bedeutet Verantwortung füreinander zu übernehmen. Niemand ist mehr wert
55 als andere. Wir alle tragen gemeinsam dazu bei, die großen Lebensrisiken des
56 Einzelnen zu begrenzen. Denn nur gemeinsam sind wir stark. Starke Schultern tragen
57 dabei mehr als Schwache. Wir passen auf alle auf.

58 Auf diesen Grundwerten der Sozialdemokratie basiert auch dieses
59 Regierungsprogramm.

60 **Wofür wir arbeiten**

61 Schleswig-Holstein ist ein besonderes Land. Hier, zwischen den Meeren, haben wir
62 einen weiten Horizont, sind sturmerprobt und bodenständig. Wir lieben unsere Freiheit.
63 Sorgen aber auch für Solidarität und Zusammenhalt. Das haben wir in den letzten
64 Jahren in beeindruckender Form bewiesen. Tausende ehrenamtliche Helferinnen und
65 Helfer tragen zum Beispiel mit großem Einsatz dazu bei, dass die Integration der vielen
66 Geflüchteten gelingt.

67 Schleswig-Holstein ist nicht groß, aber stark. Wir sind nicht reich, aber klug. Häufig sind
68 wir ein Stück weiter als der Rest von Deutschland. Das gilt für eine nachhaltige
69 Umweltpolitik, den Ausstieg aus der Atomenergie, die Energiewende oder den
70 weitsichtigen Umgang mit Flüchtlingen.

71 **Wir können das**

72 Auf die Bilanz der SPD-geführten Landesregierung mit Ministerpräsident Torsten Albig
73 an der Spitze sind wir stolz. Wir haben unsere Versprechen gehalten. Wir haben seit
74 2012 bewiesen, dass es einen großen Unterschied macht, wenn Sozialdemokraten
75 regieren.

76 Seit 50 Jahren sind wir die erste Regierung in Schleswig-Holstein, die einen
77 ausgeglichenen Haushalt vorgelegt hat. In den Jahren 2013 und 2015 haben wir

78 **Schulden abgebaut.** Trotzdem haben wir in die Zukunft und den sozialen
79 Zusammenhalt investiert.

80 Bildung bleibt unser wichtigstes Ziel. Sie ist der Schlüssel für Freiheit und Gerechtigkeit.
81 Zusammen mit Lehrkräften, Eltern und Schülern haben wir für **dauerhaften**
82 **Schulfrieden** gesorgt. Es gibt jetzt **drei Wege zum Abitur:** An Gymnasien,
83 Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen. Außerdem haben wir rund **2000**
84 **zusätzliche Stellen** in die Schulen gebracht, die die CDU/FDP-Vorgängerregierung
85 nicht wollte.

86 Bildung fängt in der Kita an. Wir haben viel getan: **16.000 zusätzliche**
87 **Betreuungsplätze in Kita und Tagespflege** seit 2012. Mehr Fachkräfte pro Kind. Bis zu
88 **100 Euro Kita-Geld** ab 1. Januar 2017 sind der Einstieg in die Beitragsfreiheit.

89 Auch darüber hinaus haben wir viel erreicht:

90 In den letzten 5 Jahren sind **mehr als 6.000 bezahlbare Wohnungen durch**
91 **Landeshilfe** entstanden.

92 Durch **Tariftreugesetz und Landesmindestlohn** haben wir für bessere Bezahlung
93 gesorgt. Denn für uns steht fest: Wer jeden Tag hart arbeitet, muss davon auch gut
94 leben können. Mit einem neuen **Register zum Schutz fairen Wettbewerb** identifizieren
95 wir gemeinsam mit Hamburg schwarze Schafe. Wer seine Beschäftigten schlecht
96 behandelt, bekommt keine öffentlichen Aufträge.

97 Seit 2012 rund **80.000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs** entstanden. Die
98 Arbeitslosenquote ist so niedrig, wie seit 20 Jahren nicht mehr. Durch den **Ausbau**
99 **erneuerbarer Energie** und **schneller Internetverbindung** haben wir für Arbeit und
100 Wachstum in Schleswig-Holstein gesorgt.

101 Unser **Flüchtlingspakt** von Land, Kommunen, Sozialverbänden, Flüchtlingshilfe,
102 Kirchen, Sport und Wohnungswirtschaft wirkt. Die Situation in Schleswig-Holstein ist
103 deutlich besser als anderswo. Niemand muss auf der Straße übernachten. Wir haben
104 verbindliche Standards bei Unterbringung und Betreuung geschaffen. Auch bei der
105 Integration kommen wir gut voran. **Wir machen Zuwanderung zu einem erfolgreichen**
106 **Kapitel unserer Landesgeschichte.**

107 **Wir wollen das**

108 Wir sehen große Chancen für Schleswig-Holsteins Zukunft. Wind, Meer, Lebensqualität
109 und die Lage in der Mitte Europas wollen wir nutzen. Gemeinsam mit unseren Nachbarn
110 an der Ostsee bauen wir **eine soziale, ökologische und ökonomische Modellregion**
111 auf. Denn wir wissen: Für eine gute Zukunft braucht Schleswig-Holstein ein starkes und
112 geeintes Europa.

113 Digitalisierung, Globalisierung und eine älter werdende Gesellschaft verändern unseren
114 Alltag. Wir halten die Chancen für größer als die Risiken. **Wir schaffen Regeln: Im**

115 **Sinne der Gesellschaft.** Wer zu Hause arbeitet, wird genauso entlohnt wie im Büro.
116 Flexibilität und Selbstbestimmung gehen nicht zu Lasten der Beschäftigten. Und weil
117 gute Bildung immer wichtiger wird, gibt es einen Anspruch auf Aus- und Weiterbildung.

118 So schnell sich die Welt auch drehen mag: **Wir Sozialdemokraten lassen niemanden**
119 **zurück. Wir passen auf alle auf.** Sozialer Spaltung stemmen wir uns entgegen.
120 Solidarität und Zusammenhalt sehen wir als Schlüssel für eine starke Gesellschaft in
121 einer unbeständigen Welt.

122 Um das zu schaffen, müssen wir groß denken – nicht klein. Wir haben eine Vision für
123 dieses Land und eine konkrete Vorstellung, wie wir sie verwirklichen. Wir arbeiten daran.
124 Jeden Tag. Wie 2012 gilt auch für dieses Regierungsprogramm: Wir versprechen nur,
125 was wir auch wirklich halten können. Das ist unser Verständnis von **politischer**
126 **Verantwortung.**

127 **Wir machen das**

128 **In Schleswig-Holstein soll kein Jugendlicher ohne Abschluss bleiben.** Genauso gilt:
129 **kein Abschluss ohne Anschluss.** Deshalb richten wir weitere
130 **Jugendberufsagenturen** ein. Die Probleme von Auszubildenden bei Wohnraum und
131 Fahrtkosten gehen wir gezielt an: Wir planen **Azubi-Wohnheime** und ein **landesweites,**
132 **bezahlbares Azubi-Ticket.**

133 Mit **zusätzlichen Lehrkräften** werden wir **100 Prozent Unterrichtsversorgung**
134 erreichen.

135 Wir entlasten Familien durch die schrittweise **Befreiung von den Gebühren der**
136 **Kinderbetreuung.** Ziel ist die komplette Beitragsfreiheit über das nächste Jahrzehnt zu
137 erreichen. Jährlich sorgen wir für den Bau **tausender neuer bezahlbarer Wohnungen.**

138 Wir investieren in **intakte Straßen, Schienen und Brücken.** Sowie in **schnelles**
139 **Internet** und **neue Technologien.** **Jede Schule im Land wird mit Glasfaser**
140 ausgestattet. In öffentlichen Verkehrsmitteln und möglichst vielen Kommunen wird es
141 **freies WLAN** geben.

142 Mit dieser an Gerechtigkeit orientierten Politik werden wir die Alltagsprobleme der
143 Menschen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Familie und Infrastruktur lösen. Dieses
144 Regierungsprogramm zeigt unsere Schritte auf diesem Weg.

145 **Wir können das! Wir wollen das! Wir machen das!**

146 **Starke Familien – Starke Kinder – Starke** 147 **Gesellschaft**

148 Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander
149 übernehmen. Grundüberzeugung unserer Familienpolitik ist: Wir schreiben den
150 Menschen nicht vor, wie sie leben sollen. Wir helfen ihnen so zu leben, wie sie leben
151 wollen. Unsere Politik orientiert sich an den realen Lebenswirklichkeiten der Familien im
152 Land.

153 Seit 2012 haben wir viel verbessert: Die Betreuungsquote in den Krippen ist von 24,2%
154 auf 31,4% gestiegen. Der Kitabesuch für alle Kinder aus armen Familien (im SGB-II-
155 Bezug) ist frei. Neu sind über 100 Familienzentren, die beraten und unterstützen. In Kitas
156 gibt es ein neues Qualitätsmanagement sowie Fachberatungen.

157 Die Sprachförderung ist besser denn je. Auf jedes Kind kommen mehr Fachkräfte. Das
158 Land fördert die zweite Fachkraft am Nachmittag. Das neue Kita-Portal informiert alle auf
159 einen Blick. Damit haben wir die Kommunen bei ihrer gesetzlichen Aufgabe maßgeblich
160 unterstützt. In Krippe und Kita beteiligt sich das Land insgesamt mit ca. 30% an den
161 Gesamtkosten.

162 **Kinder kostenfrei betreuen**

163 Der Einstieg ist geschafft. Ab dem 1. Januar 2017 erhalten Familien für jedes Kind unter
164 drei Jahren in der Krippe oder öffentlich geförderten Tagespflege bis zu 100 Euro
165 monatlich. Wir wollen langfristig die Kinderbetreuung für die Grundversorgung komplett
166 beitragsfrei gestalten. Länder wie Rheinland-Pfalz und Hamburg zeigen, dass es geht.
167 Deshalb erhalten Eltern ab 2018 für Kinder im ersten Kita Jahr 100 Euro. Ab 2019 gilt
168 das auch für das zweite Kita-Jahr. Ab 2020 für das dritte. 2021 kommt die nächste
169 Entlastung in den Krippen. Diesen Rhythmus setzen wir fort. Bis die Kinderbetreuung
170 über das nächste Jahrzehnt komplett beitragsfrei geworden ist.

171 Die Kinderbetreuung hat sich in den letzten Jahrzehnten qualitativ und quantitativ
172 weiterentwickelt. Dies muss sich auch in den rechtlichen Regeln widerspiegeln. Wir
173 werden das Kindertagesstättengesetz (KitaG) mit allen Beteiligten novellieren. Künftig
174 werden wir zudem die Kita-Finanzierung transparenter gestalten. Und wir werden eine
175 Offensive für den Erzieher- und Erzieherinnenberuf starten, um mehr Fachkräfte zu
176 gewinnen.

177 **Vorsorge stärken**

178 Wir haben die Hilfe durch Familienhebammen ausgebaut und das Programm
179 „Schutzengel“ mit Landesmitteln fortgesetzt. Dabei erhalten Eltern gleich nach der
180 Geburt gezielte Beratung. Zudem haben wir eine zentrale Beschwerdestelle eingerichtet,
181 für Kinder und Jugendliche, die stationär untergebracht sind. Kinder brauchen unseren
182 besonderen Schutz. Deshalb wollen wir bei Vorsorge und Intervention noch besser
183 werden.

184 Daher werden wir den Kinderschutz in Kindergärten und Schulen stärker verankern.
185 Missbrauch und Vernachlässigung sollen so frühzeitig erkannt werden. Dafür werden wir
186 fortbilden und aufklären.

187 **Beteiligung ermöglichen**

188 Wir haben die Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendaktionsplans auf den Weg
189 gebracht. Damit wurde die Grundlage der Kinder- und Jugendpolitik in Schleswig-
190 Holstein modernisiert. Unter anderem wurde die Beteiligung junger Menschen
191 verbessert.

192 In Familienkonferenzen wollen wir gemeinsam mit Expertinnen und Experten, Eltern
193 sowie Kindern neue Beteiligungswege beschreiten. Wie im Bildungsbereich wollen wir
194 das System im Dialog mit allen Beteiligten weiterentwickeln.

195 Eltern mit traumatisierten Kindern haben besondere Bedürfnisse. Daher werden wir das
196 bereits geschaffene Projekt „Traumapädagogik“ in Kitas und Familienzentren fortführen.

197 **Kinder brauchen Chancen**

198 Kinderarmut reduziert Bildungschancen, beeinträchtigt die Gesundheit und stellt Kinder
199 sozial und kulturell an den Rand. Bei den Eltern kann Armut zu Gewalt und
200 Vernachlässigung in den Familien führen.

201 Wir sagen: Herkunft darf kein soziales Schicksal sein! Mit einer
202 Landespräventionsstrategie für Gesundheitsförderung werden wir darauf hinwirken, dass
203 sozial benachteiligte Kinder nicht länger einen schlechteren Gesundheitszustand haben.

204 Dafür ist Vorbeugung entscheidend. Wir werden die frühen Hilfen verbessern und bereits
205 Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern unterstützen. Über eine Bundesratsinitiative
206 fordern wir eine Kindergrundsicherung.

207 **Kinder bestmöglich schützen**

208 Kinder und Jugendliche erhalten in den Heimen unseres Landes bestmöglichen Schutz
209 und Unterstützung. Wir wollen ihre Situation weiter verbessern. Dazu werden wir im
210 Rahmen der Zuständigkeiten des Landes die fachliche Weiterentwicklung dieses
211 Bereiches durch innovative Projekte fördern.

212 **Jugend**

213 Junge Menschen haben das Recht, ihre Interessen selbst zu vertreten. Dafür müssen
214 die Rahmenbedingungen verbessert werden.

215 **Politische Bildung stärken**

216 Wir haben das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt. Außerdem haben wir die Stelle eines
217 Landesbeauftragten für politische Bildung eingerichtet.

218 Wir wollen noch mehr für politische Bildung tun. Aufklärung ist der beste Weg, um
219 Radikalisierung zu verhindern. Wir werden für politische Bildung deutlich mehr Mittel
220 bereitstellen. Gerade für junge Menschen. Politische Bildung kann gar nicht früh genug
221 anfangen. Die Angebote sollen Mädchen und Jungen, Frauen und Männer
222 gleichermaßen erreichen. Wir wollen, dass der Besucherdienst des Landtags bereits
223 Angebote für Grundschülerinnen und Grundschüler macht. Zudem werden wir auch die
224 politische Bildung in den Schulen stärken.

225 **Jugendverbandsarbeit fördern**

226 Die Jugendverbände bieten jungen Menschen gute Anlaufstellen für ihr Engagement.
227 Ihre finanzielle Förderung konnten wir in den vergangenen Jahren ausbauen. Daran
228 wollen wir festhalten. Wir wollen zudem das selbstorganisierte Engagement von
229 Jugendlichen fördern. Junge Menschen brauchen Freiräume.

230 Für alle Angebote gilt, dass niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden
231 darf. Wir fördern daher benachteiligte Kinder und Jugendliche, damit sie selbstbestimmt
232 an der Gesellschaft teilhaben können. Zudem wollen wir junge Geflüchtete motivieren,
233 sich an der Jugendarbeit zu beteiligen. Für entsprechende Projekte stellen wir Geld
234 bereit.

235 **Jugendbeteiligung weiterentwickeln**

236 Wir haben durch die Reform von § 47f der Gemeindeordnung die früher starke Stellung
237 der Jugendbeteiligung in den Kommunen wiederhergestellt. Kinder und Jugendliche
238 sollen auf kommunaler Ebene beteiligt werden, um sich für ihre Belange stark machen
239 zu können.

240 Dazu stellen wir den Kommunen Konzepte zur Umsetzung der Jugendbeteiligung zur
241 Verfügung. Die gelungene Einbindung der Kinder und Jugendlichen in den politischen
242 Gremien werden wir landesweit auszeichnen, um gute Beispiele bekannter zu machen.

243 **Freiwilligendienste unterstützen**

244 Freiwilligendienste sind ein tolles Angebot für die persönliche Entwicklung. Wir haben
245 knapp 1.000 zusätzliche Plätze geschaffen. Wir wollen junge Menschen auch weiterhin
246 in ihrem Engagement unterstützen. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige
247 Ökologische Jahr (FÖJ), des Freiwillige Politische Jahr (FPJ) und der
248 Bundesfreiwilligendienst stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander.

249 **Gleichstellung**

250 Ziel der Sozialdemokratie ist jede Form von Diskriminierung in unserer Gesellschaft zu
251 beenden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der weder Geschlecht noch Herkunft,
252 Behinderung oder sexuelle Orientierung zu Benachteiligung führen. Die klassischen
253 Rollenbilder von Männern und Frauen und das traditionelle Bild von Familien wollen wir

254 aufbrechen. Für uns ist klar: Die Gleichstellung aller Geschlechter ist eine
255 gesamtgesellschaftliche Aufgabe und betrifft alle Politikfelder.

256 **Geschlechtergerechte Bildung**

257 Geschlecht, Herkunft, sexuelle Orientierung, Identität oder Behinderung dürfen beim
258 Verlauf des eigenen Bildungsweges keine Rolle spielen. Doch die Realität sieht in den
259 Schulen, Berufsschulen und Hochschulen oft anders aus. Diskriminierungen sind trotz
260 zahlreicher Bemühungen allgegenwärtig. Aus diesem Grund werden wir die
261 geschlechtersensible Aus- und Fortbildung des Lehr- und Erziehungspersonals weiter
262 forcieren und das Thema in den Lerncurricula verankern.

263 Die Berufs- und Studienwahl von jungen Frauen und Männern ist noch immer von
264 traditionellen Rollenbildern geprägt. Durch eine gezielte Studien- und Berufsberatung
265 wollen wir diese Muster überwinden. Die bewährten Instrumente wie beispielsweise der
266 Girl's Day oder Boy's Day sollen dazu fortgeführt werden.

267 **Ein gerechter Arbeitsmarkt ist ein geschlechtergerechter** 268 **Arbeitsmarkt**

269 Der berufliche Aufstieg hängt weiterhin vom Geschlecht ab. Frauen tragen nach wie vor
270 die größeren Risiken für Lücken im Erwerbsleben. Sie sind diejenigen, die überwiegend
271 und häufig unfreiwillig in Teilzeit, in befristeten Arbeitsverhältnissen oder in prekärer
272 Beschäftigung arbeiten. Auch wenn Frauen im Durchschnitt die besseren Berufs- und
273 Bildungsabschlüsse als Männer haben, weist der Arbeitsmarkt eine deutliche
274 Geschlechterdiskriminierung auf. Dies wird zum einen deutlich in der Trennung zwischen
275 sogenannten Frauen- und Männerberufen und zum anderen in der geringen Anzahl von
276 Frauen in Führungspositionen. Frauen gründen seltener ein Unternehmen und werden
277 im Schnitt schlechter bezahlt als Männer.

278 Diesen Benachteiligungen wollen wir entschieden entgegenreten. Wir machen uns auch
279 weiterhin für den Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ stark. Unser Ziel ist
280 es, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in allen Bereichen weiter zu erhöhen
281 und einen guten Einstieg nach Familienauszeiten zu ermöglichen. Dafür werden wir
282 gemeinsam mit „Frau und Beruf SH“ Konzepte entwickeln, wie uns das besser gelingen
283 kann.

284 **Sprache schafft Realität**

285 Sprache schafft Realität: Für das Denken der Menschen, für ihr Zusammenleben in der
286 Gesellschaft und für Werte und Normen, die die Gemeinschaft prägen. Wenn es darum
287 geht, eine geschlechtergerechte Gesellschaft herzustellen, muss sich das auch im
288 Sprachgebrauch widerspiegeln. Dafür wollen wir mit unserer Arbeit ein Vorbild sein.

289 **Gleichstellung für LGBTQIA**

290 Neben der Gleichstellung von Männern und Frauen ist uns auch die Gleichstellung und
291 Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern,

292 Intersexuellen und A-sexuellen ein wichtiges Anliegen. Als SPD treten wir für die volle
293 rechtliche Gleichberechtigung homosexueller Paare ein. Aufklärungs- und
294 Unterstützungsprojekte in den Bereichen Transsexualität und Homosexualität sind
295 notwendig, um allen Menschen in unserem Land ein freies und selbstbestimmtes Leben
296 zu ermöglichen. Folglich wollen wir gemeinsam mit Interessenvertreterinnen und -
297 vertretern den Landesaktionsplan gegen Trans- und Homophobie fortführen und
298 erweitern.

299 **Diskriminierungen und Gewalt entschieden entgegentreten**

300 Bei allen politischen Entscheidungen werden wir konsequent auf die Auswirkungen der
301 jeweiligen Geschlechter achten. Gender Mainstreaming und eine gendersensible
302 Haushaltsführung (Gender Budgeting) wollen wir als Strategien zur Umsetzung dieser
303 Querschnittsaufgabe nutzen. Zudem sollen die Verwaltungsebenen in unserem Land für
304 geschlechtergerechtes Handeln noch stärker sensibilisiert werden. Ein
305 Verwaltungshandeln, welches von Anfang an durch Chancengleichheit für Frauen und
306 Männer geprägt ist, stellt für uns ein wichtiges Ziel dar.

307 Doch das reicht nicht aus, um eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu erreichen. Wir
308 werden die institutionalisierte Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit
309 vorantreiben und Gleichstellungsbeauftragte in ihrer Arbeit stärken und unterstützen.
310 Dafür möchten wir eine Landesstelle für „Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“
311 einrichten.

312 **Gewalt verhindern: Frauenhäuser stärken**

313 Gewalt ist unter keinen Umständen in unserer Gesellschaft akzeptabel. Leider tritt sie in
314 vielen Haushalten nach wie vor täglich auf. Besonders betroffen sind Frauen und Kinder.
315 Sie bedürfen unsere Unterstützung und Hilfe. Dies gelingt vor allem durch kompetente
316 und professionelle Beratung, welche für uns dauerhaft und flächendeckend sichergestellt
317 sein muss.

318 Frauenhäuser haben dabei eine besondere Bedeutung. Wir haben zusätzliche Plätze
319 geschaffen und die Haushaltsmittel erhöht. Wir werden sie auch künftig finanziell
320 absichern. Perspektivisch wollen wir im Land auch ein Angebot schaffen, das Frauen mit
321 Handicap einen barrierefreien Zugang ermöglicht. Auch auf die Bedürfnisse von
322 geflüchteten Frauen müssen wir uns besser einstellen, indem wir beispielsweise mehr
323 Dolmetscherinnen für die Beratungen zur Verfügung stellen. Um der Gewalt vorbeugend
324 zu begegnen, werden wir sowohl einen Landesaktionsplan zur Bekämpfung von
325 häuslicher und sexualisierter Gewalt als auch einen Leitfaden für die medizinische Praxis
326 „Gesundheitliche Versorgung gewaltbetroffener Frauen, Männer und Kinder“ entwickeln.

327

328 **Teilhabe von Menschen mit Behinderung**

329 **UN-Behindertenkonvention umsetzen**

330 Wir wollen die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit
331 Behinderung weiter vorantreiben. Mit der Einrichtung einer Monitoring-Stelle wird die
332 Umsetzung seit dieser Legislaturperiode gezielt kontrolliert.

333 Wir werden Menschen mit Behinderung gezielt qualifizieren, das Budget für Arbeit
334 umsetzen und die Nachfrage nach Fachkräften dafür nutzen, Menschen mit Behinderung
335 Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Mit Beschäftigungsprogrammen
336 werden wir mehr Menschen mit Behinderung den Einstieg in Ausbildung und Arbeit
337 erleichtern.

338 **Politik mit und für Menschen mit Behinderung**

339 „Nichts ohne uns – über uns“ bleibt unsere Grundüberzeugung. Das bedeutet: Menschen
340 mit Behinderung müssen an allen Entscheidungen, die sie betreffen, direkt beteiligt
341 werden. Wir wollen gemeinsam Politik machen. Es gibt vieles, das angepackt werden
342 muss.

343 Wir unterstützen die Einrichtung von kommunalen Beauftragten für Menschen mit
344 Behinderung. Die Arbeit von Verbänden der Menschen mit Behinderung und von
345 Selbsthilfegruppen werden wir stärken. Die Mobilität durch Busse und Bahnen werden
346 wir verbessern. Zudem werden wir Menschen mit Behinderung bei der Planung von
347 öffentlichen Wegen und Plätzen bzw. bei städtebaulichen Planungen frühzeitig
348 einbinden.

349 **Gesundheitsversorgung**

350 **In starke Gesundheitsversorgung investieren**

351 Für die gerechte Finanzierung unseres Gesundheitssystems setzen wir uns weiterhin für
352 eine solidarische Bürgerversicherung ein.

353 Seit 2014 haben wir für die Investitionsförderung an Krankenhäusern zusätzliche Mittel in
354 Höhe von rund 124,5 Mio. Euro bereitgestellt. Das UKSH wird umfänglich saniert und
355 erneuert. Wir haben das Krebsregister auf neue Beine gestellt. Diabetesprävention und -
356 behandlung haben wir gefördert. Das Krankenhausgesetz wurde erweitert und
357 Telemedizin vorangebracht. Wir wollen eine hochwertige medizinische Versorgung für
358 alle Menschen in Schleswig-Holstein, unabhängig von Wohnort und Einkünften.

359 **Hausärztliche Versorgung stärken**

360 Um die medizinische Versorgung besonders im ländlichen Raum zu sichern, werden wir
361 neu entwickelte und bewährte Konzepte stärken. Dabei spielt die Lotsenfunktion der
362 Hausärztinnen und Hausärzte eine wichtige Rolle. Daher werden wir die
363 allgemeinmedizinische Ausbildung des hausärztlichen Nachwuchses vorantreiben. Wir

364 prüfen, wie wir die hausärztliche Tätigkeit auf dem Land für junge Medizinerinnen und
365 Mediziner attraktiver gestalten können. Die sektorenübergreifende Zusammenarbeit
366 zwischen Ärzten und Krankenhäusern muss gestärkt werden.

367 **Starke Krankenhäuser**

368 Den Investitionsstau in den Krankenhäusern bauen wir schrittweise ab. Dazu dient das
369 Investitionsprogramm „Impuls 2030“. Die Universitätskliniken in Lübeck und Kiel werden
370 den steigenden Anforderungen an medizinischer und pflegerischer Maximalversorgung
371 angepasst. Dabei achten wir darauf, dass die Finanzierung nicht zulasten des
372 Stellenplans im ärztlichen und pflegerischen Bereich geht.

373 Zur Stärkung der Krankenhäuser gehört auch mehr Wertschätzung für das Personal. Wir
374 haben Schleswig-Holsteins Situation bei der Leistungsfinanzierung der Betriebskosten
375 (Landesbasisfallwert) verbessert. Trotzdem gibt es weiterhin nicht hinnehmbare
376 Unterschiede zwischen den Ländern, die auch Auswirkungen auf die Löhne des
377 Personals haben. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, diese
378 Ungerechtigkeiten zu beenden.

379 **Landeskrankenhausgesetz gestalten**

380 Die Menschen erwarten, dass sie in unseren Krankenhäusern optimal versorgt werden.
381 Dafür wollen wir die stationäre Versorgung weiter verbessern. In einem
382 Krankenhausgesetz werden wir die Regelungen für Behandlung- und Strukturqualität,
383 das Management der Entlassungen sowie sachgerechte Finanzierung und weitere
384 Qualitätsfaktoren zusammenführen.

385 **Gesundheit fördern und Krankheit vorbeugen**

386 Viele schwere Erkrankungen könnten durch Vorbeugung verhindert oder gemildert
387 werden. Deshalb wollen wir die Prävention stärken und weiterentwickeln. Eine
388 besondere Herausforderung stellt die steigende Anzahl von Diabeteserkrankungen dar.
389 Um dem zu begegnen, werden wir Pilotprojekte fördern und evaluieren. In diesem
390 Zusammenhang werden wir die „Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein“ in ein
391 Zukunftsprogramm überführen.

392 Zur Stärkung der Gesundheitsförderung wird die Kooperation von Kitas, Schulen und
393 Kinder-, Jugend- sowie Behindertenhilfe mit dem Gesundheitswesen weiter ausgebaut.
394 Auch die betriebliche Gesundheitsprävention werden wir fördern. Zur Umsetzung werden
395 wir unter anderem das Instrument der regionalen Gesundheitskonferenzen nutzen.

396 **Lehrstuhl für Altersmedizin**

397 Um den wachsenden Anforderungen in der Gerontologie und Gerontopsychologie
398 gerecht zu werden, schaffen wir einen neuen Lehrstuhl für Altersmedizin. Besonders im
399 ambulanten Bereich werden wir mehr Angebote für Hochbetagte schaffen, die zu mehr
400 Lebensqualität führen.

401

402 **Telemedizin**

403 Telemedizin hilft dabei, schnelle Diagnosen zu treffen. Zudem werden weite Wege zum
404 nächsten Facharzt vermieden. Insbesondere auf Inseln und Halligen sorgt die
405 Telemedizin dafür, schnell die notwendigen Behandlungen und lebenswichtige
406 Maßnahmen einzuleiten. Wir wollen in Deutschland Vorreiter sein und intensivieren dafür
407 den internationalen Austausch. Besonders von den skandinavischen Ländern können wir
408 viel lernen.

409 **Landespsychiatrieplan**

410 Wir haben erstmal die komplette Struktur der psychiatrischen Versorgung im Land
411 erfasst. Diese Erkenntnisse wollen wir aufgreifen und politisch umsetzen. Dazu werden
412 wir einen Landespsychiatrieplan schaffen, in dem notwendige Verbesserungen im
413 ambulanten und stationären Bereich berücksichtigt werden. Die Weiterentwicklung von
414 Konzepten zur Eindämmung der individuellen Gesundheitsrisiken im Bereich Depression
415 und psychischer Prävention werden wir unterstützen.

416 **Versorgung sicherstellen**

417 Viele Menschen in Schleswig-Holstein haben aus verschiedenen Gründen keine
418 Krankenversicherung. Die Bemühungen um eine Sicherstellung anonymer medizinischer
419 Versorgungsangebote werden wir fortsetzen. Patientenrechte werden wir auf Landes-
420 und Bundesebene stärken und die Arbeit des Patientenombudsvereins, der
421 Beschwerdestellen und der Bürgerbeauftragten unterstützen.

422 **Geburtshilfe**

423 Die Begleitung vor, während und nach der Geburt durch Hebammen ist nicht ersetzbar.
424 Der Hebammenberuf muss organisatorisch, rechtlich und finanziell gestärkt werden,
425 damit diese Begleitung gesichert ist. Die hohen Versicherungsprämien müssen
426 kompensiert werden, so dass die finanzielle Belastung der Hebammen begrenzt wird.

427 Mit den öffentlich-rechtlichen Versicherungen werden wir uns darum bemühen, eine
428 sozialverträgliche Lösung zu erarbeiten. Zudem werden wir die Anzahl der
429 Ausbildungsplätze erhöhen und zusätzlich ein Studium für den Hebammenberuf
430 einführen. Auf unseren Inseln und Halligen sichern wir die Begleitung durch individuelle
431 Lösungen, die in enger Absprache mit Hebammen, Kommunen, Krankenhaus und
432 Krankentransport vor Ort erarbeitet werden. Bei allen Plänen hat die Sicherheit von
433 Mutter und Kind höchste Priorität.

434 Boarding-Angebote werden bedarfsgerecht ausgebaut und stehen den Familien
435 rechtzeitig zur Verfügung. Wie eine organisatorische und finanzielle Entlastung der
436 Eltern möglich ist, werden wir prüfen. Durch den Einsatz von entsprechender Technik im
437 Bereich Telemedizin können Hebammen im engen Austausch mit den Gynäkologinnen
438 und Gynäkologen stehen.

439 **Pflege**

440 **Gute Pflege braucht starkes Personal**

441 Immer mehr Menschen in Schleswig-Holstein werden immer älter. Das ist gut so. Die
442 daraus resultierenden Herausforderungen wollen wir positiv gestalten. Dabei steht immer
443 der Mensch im Mittelpunkt unserer Entscheidungen. Vordringlich ist es, die Pflegeberufe
444 so zu stärken, dass viele jungen Menschen motiviert werden, diesen Beruf zu ergreifen
445 und ihn dauerhaft auszuüben.

446 Unsere Seniorinnen und Senioren sind alt genug, um selber zu entscheiden, wie sie
447 leben möchten. Dabei wollen wir sie unterstützen. Wir wollen dem Wunsch der meisten
448 Menschen nachkommen und sicherstellen, dass sie solange wie möglich in der eigenen
449 Häuslichkeit leben können. Für uns gilt das Prinzip „ambulant vor stationär“.

450 **Gute Pflege zukunftsicher organisieren**

451 Neben guten Arbeitsbedingungen und angemessenen Löhnen wollen wir auch die
452 Attraktivität der Pflegeberufe wieder steigern. Seit 2012 haben wir in der Pflege viel
453 erreicht. Wir haben die Altenpflegeausbildung durch 700 zusätzliche landesgeförderte
454 Ausbildungsplätze auf 2100 erhöht. Damit ist die Ausbildung endlich kostenfrei. Wir
455 haben ein duales pflegewissenschaftliches Studium an der Uni Lübeck eingerichtet.
456 Schleswig-Holstein beteiligt sich an einem Bundesprojekt, das die Pflegenden von
457 zusätzlichen Dokumentationspflichten entlastet. Als erstes Bundesland haben wir eine
458 Pflegeberufekammer auf den Weg gebracht. Andere Bundesländer folgen uns.

459 **Pflegeausbildung reformieren**

460 Wir setzen uns für ein Pflegeberufegesetz auf Bundesebene ein, das eine dreijährige
461 kostenfreie generalistische, also gemeinsame Ausbildung der Alten-, Kranken- und
462 Kinderkrankenpflege, vorsieht. Sie schafft mehr Durchlässigkeit, steigert aufgrund
463 vielfältiger Tätigkeitsfelder die Attraktivität des Pflegeberufes, sichert die Qualität und
464 findet endlich den internationalen Anschluss für die Altenpflege. Die Ausbildung endet
465 mit der Anerkennung einer Fachhochschulreife.

466 Zudem werden wir einen zusätzlichen Assistenzberuf einführen, um auch jungen
467 Menschen mit niedrigem Schulabschluss den Zugang zu Pflegeberufen zu ermöglichen.
468 Die Ausbildung in den Pflegeberufen bleibt kostenfrei. Wichtig ist uns, die
469 Durchlässigkeit in allen Feldern zu organisieren. Die Akademisierung der Pflege werden
470 wir in Schleswig-Holstein weiter ausbauen.

471 **Gute Pflege braucht starkes Personal**

472 Mit der Einrichtung der Pflegeberufekammer stärken wir die beruflich Pflegenden und
473 setzen um, was die Berufsverbände schon lange gefordert haben. Damit stellen wir eine
474 wirkliche Beteiligung der beruflich Pflegenden in allen pflegerelevanten Gremien und
475 Entscheidungen sicher. Die Errichtungsphase werden wir organisatorisch und finanziell
476 unterstützen.

477 Eine Berufsordnung soll Grundlagen und Aufgaben der beruflichen Pflege in Abgrenzung
478 zu anderen Berufsgruppen definieren. Das damit verbundene Ziel ist eine gute
479 pflegerische Versorgung der Bevölkerung. Um den weiteren Herausforderungen
480 besonders im ländlichen Raum durch Wegfall von Infrastruktur zu begegnen, werden wir
481 die Rolle der Pflege in der Primärversorgung stärken.

482 **Gute Pflege braucht Zeit**

483 Mehr Zeit für die menschenzugewandte Pflege ist möglich, wenn die Pflegekräfte durch
484 eine sinnvolle Reduzierung von Dokumentationsaufgaben entlastet werden. Mittlerweile
485 wirken bereits über 30% unserer stationären Einrichtungen sehr erfolgreich an der
486 Entbürokratisierung mit. Diesen Prozess werden wir weiter begleiten. Doppelte
487 Kontrollstrukturen, die die Einrichtungen belasten, werden wir reduzieren.

488 **Gute Pflege braucht mehr Personal**

489 Je höher der Personalschlüssel, desto besser ist die Patientensicherheit. Deshalb setzen
490 wir uns für einen gesetzlichen Personalbemessungsschlüssel ein, der auf der Grundlage
491 von gemeinsamen Pflegegraden auch bundesweite Personalzuordnung zur Folge hat.
492 Selbstverständlich sichern wir die Fachkraftquote in den Einrichtungen.

493 Die freiberufliche Pflege ist und bleibt ein wichtiger ergänzender Pfeiler in der stationären
494 und ambulanten Versorgung. Ihre rechtlichen und organisatorischen
495 Rahmenbedingungen werden wir sichern, so dass Einrichtungen ohne gesetzliche
496 Hürden kurzfristige personelle Engpässe kompensieren können. Dabei achten wir
497 darauf, dass mindestens 80% des Personals fest angestellt ist. Für den Ausbau von
498 ambulant psychiatrischen Pflegediensten setzen wir uns weiter ein und bauen Hürden
499 bei ihrer Gründung ab.

500 **Pflege gut bezahlen**

501 Ein Sozialtarifvertrag soll die massiven Einkommensunterschiede in den Pflegeberufen
502 im Land angleichen. Es kann nicht sein, dass marktwirtschaftliche Interessen zu
503 Gehaltsunterschieden von bis zu 800 Euro bei gleicher Qualifikation und Dauer der
504 Berufszugehörigkeit führen. Für uns gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

505 **Gute Beratung vor Ort**

506 In den letzten Jahren ist es gelungen, trägerunabhängige Pflegestützpunkte in fast allen
507 Kreisen und kreisfreien Städten zu etablieren. Diese werden wir weiter finanziell sichern.
508 Auch das Pflegenottelefon ist eine wichtige Anlaufstelle für Pflegende und
509 Pflegebedürftige in prekären Situationen.

510 Die individuelle Beratung für betroffene Menschen und Kommunen wird zunehmend
511 wichtiger. Deshalb werden wir die KIWA, Koordinationsstelle für innovative Wohn- und
512 Pflegeformen im Alter, weiter fördern. Wir möchten, dass die Kommunen mehr
513 Gestaltungsmöglichkeiten bekommen und nutzen.

514 Der Ausbau kreativer Wohnformen heißt nicht, kreative Vermeidung von Heimaufsicht
515 und Qualitätskontrolle, z.B. in sogenannten ambulant betreuten Wohngemeinschaften im
516 Eigentum von Trägerstrukturen, die nicht den strengen Regeln der Heimaufsicht
517 unterliegen.

518 **Gute Versorgung auch im ländlichen Raum**

519 Unser Ziel ist, dass Älterwerden auch bei zunehmenden Pflegebedarfen im gewohnten
520 Lebensumfeld stattfinden kann. In vielen – besonders den ländlichen – Bereichen
521 werden wir nicht mehr die gleiche Dichte an Hausarztpraxen haben wie zuvor. Deshalb
522 streben wir eine bessere Vernetzung der Sektoren an. In Versorgungszentren wird das
523 Angebot der hausärztlichen Versorgung ergänzt durch ambulante Pflegedienste und die
524 Organisation von haushaltsnahen Dienstleistungen. Der Einsatz von E-Health und
525 Telemedizin bietet zusätzliche Sicherheit.

526 Kurze Wege sichern eine bessere Kommunikation zur optimalen und kultursensiblen
527 Versorgung der pflege- und hilfebedürftigen Menschen. Der Transport z.B. zum Einkauf,
528 zum Facharzt oder zu Veranstaltungen kann über Bürgerbusse von diesen Einrichtungen
529 organisiert werden. Die Quartiers- und Dorfentwicklung orientiert sich an der Versorgung
530 der Menschen, sichert Teilhabe und fördert das Miteinander der Generationen. Wir
531 unterstützen die Kommunen auch finanziell im Aufbau dieser Versorgungszentren. Zum
532 Beispiel wenn es darum geht, nicht mehr benötigte Schulen umzubauen.
533 Niedrigschwellige, aufsuchende Beratung sichert eine frühzeitige Hilfe und verzögert
534 Pflegebedürftigkeit. Außerdem bietet sich so eine gute Arbeitsplatzalternative für ältere
535 Pflegefachkräfte.

536 **Selbstbestimmt leben**

537 Das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz werden wir verbessern. Zukünftig sollen nur
538 noch Einzelzimmer bzw. Pflegewohnungen, die aus mindestens einem Raum und einem
539 dazugehörigen Badezimmer bestehen, in den stationären Einrichtungen der dauerhaften
540 Pflege gebaut und angeboten werden. Doppelzimmer, in denen sich fremde Menschen
541 ihren Lebensraum ohne jegliche Privatsphäre teilen müssen, lehnen wir ab. Das ist
542 unwürdig. Für Partner stehen entsprechend größere Einheiten zur Verfügung. Die
543 verschiedenen Wohnformen werden genauer definiert.

544 Freiheitsentziehende Maßnahmen wie z.B. das Fixieren von Menschen mit hohem
545 Bewegungsdrang und Unruhe z.B. nach operativen Eingriffen oder bei Demenz wollen
546 wir durch einen erhöhten Personaleinsatz und Anpassung von Räumlichkeiten nach
547 modernsten Erkenntnissen auf ein medizinisch notwendiges Mindestmaß reduzieren.

548 **Demenzplan umsetzen**

549 Den Demenzplan für Schleswig-Holstein werden wir in Zusammenarbeit mit den
550 Kommunen und den Experten aus der Pflege weiterentwickeln. Bei der Schaffung von
551 Pflegeinfrastrukturen wird auf die besonderen Bedarfe dementiell Erkrankter Rücksicht
552 genommen. Das Kompetenzzentrum Demenz hat dabei weiterhin eine beratende
553 Funktion.

554 **Gut leben im Alter**

555 Immer häufiger kommt es zu Altersarmut. Das ist für uns nicht akzeptabel. Wir werden
556 uns deshalb auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Rentenniveau nicht weiter
557 abgesenkt wird und Lebenssituationen z.B. Betreuung von Kindern und Pflege von
558 Angehörigen stärkere Berücksichtigung finden.

559 Der barrierefreie Zugang wird für alle öffentlichen Anlagen und Einrichtungen organisiert.
560 In neu zu gestalteten Einkaufsmärkten sind Sitzgelegenheiten und Toiletten vorzuhalten.
561 Wir setzen uns dafür ein, dass die Schriftgröße auf Lebensmittelverpackungen
562 vereinheitlicht und gut lesbar ist. Das gilt auch für die IBAN auf Rechnungen.
563 Seniorenparkplätze sollen in angemessener Anzahl zur Verfügung stehen. Um
564 Seniorinnen und Senioren vor Betrügereien zu schützen, schaffen wir zusätzliche
565 Beratungs- und Informationsveranstaltungen z.B. bei den Verbraucherzentralen.

566 **Das Lebensende**

567 Unsere haupt- und ehrenamtlichen stationären und ambulanten Hospizdienste, die
568 Palliativ-Care-Teams und Gruppen, die sich um Trauerarbeit kümmern, leisten eine
569 wunderbare und unverzichtbare Arbeit. Sie verdienen unseren tiefen Respekt. Wir
570 werden diese Tätigkeiten u.a. durch eine Koordinierungsstelle weiter unterstützen.

571 Eine räumliche Distanz belastet Familien in der Zeit des Abschiednehmens zusätzlich.
572 Wir passen die Anzahl der stationären Hospizbetten und der Palliativbetten dem
573 tatsächlichen Bedarf an und achten darauf, dass eine wohnortnahe Versorgung
574 gewährleistet ist. Der Charta für schwerstkranke und sterbende Menschen werden wir
575 uns anschließen. Den Runden Tisch Hospiz und Palliativ beim Landtag wollen wir
576 verstetigen.

577 **Verbraucherschutz und Verbraucherrechte**

578 Mit der Zielvereinbarung für die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein bis zum Jahr
579 2020 sind durch deutliche Anhebung der Mittel die richtigen Weichen gestellt worden.
580 Ziel unsere Verbraucherschutzpolitik ist es, Aufklärung, Beratung und Transparenz zu
581 schaffen. Die Verbraucherzentralen sollen die Interessen der Menschen in unserem
582 Land vertreten.

583 Diese Kernaufgaben werden wir stärken. Die Verbraucherzentralen werden so in die
584 Lage versetzt, auf neue Herausforderungen, zum Beispiel bei den Gefahren im
585 Zusammenhang mit der Digitalisierung, zu reagieren. Zudem wollen wir einen
586 besonderen Schwerpunkt auf die Verbraucherbildung legen. So wird Schutz
587 gewährleistet, bevor ein Schaden eingetreten ist.

588 **Bezahlbarer Wohnraum ist ein soziales** 589 **Grundrecht**

590 Wohnen ist ein Grundrecht. Kein Luxus. Dafür hat Schleswig-Holstein in 15 Kommunen
591 Mieterhöhungen (Kappungsgrenze) auf maximal 15 Prozent innerhalb von drei Jahren
592 begrenzt. Mit der Mietpreisbremse in 12 Kommunen des Landes haben wir die
593 Möglichkeit geschaffen, Kostenexplosionen bei den Angebotsmieten einzudämmen.
594 Allerdings kann Wohnungsknappheit nur durch den Neubau von Wohnungen wirksam
595 bekämpft werden.

596 **Bezahlbarer Wohnraum für alle**

597 Wir haben die Wohnraumförderung massiv gestärkt. Von 2015 bis 2018 gibt es über 300
598 Mio. Euro Förderdarlehen für den Bau und die Modernisierung von über 4.000
599 Sozialwohnungen. Mit dem Programm „Erleichtertes Bauen“ haben wir das flexibelste
600 und umfangreichste Wohnungsbauprogramm der Nachkriegsgeschichte aufgelegt. Wir
601 stellen knapp 400 Mio. Euro Förderdarlehen für den Bau weiterer 4.000 Wohnungen
602 bereit. Wir wollen bezahlbare Wohnungen für alle Menschen in Schleswig-Holstein.

603 Nach der neuen Bevölkerungsvorausberechnung für Schleswig-Holstein brauchen wir
604 bis 2030 über 100.000 neue Wohnungen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass in
605 Schleswig-Holstein jährlich in ausreichendem Umfang bezahlbare Wohnungen in
606 angemessener Größe entstehen. Dafür bauen wir die soziale Wohnraumförderung auf
607 hohem Niveau aus. Zentral dafür ist der Erhalt des Zweckvermögens Wohnungsbau. Die
608 von der Investitionsbank verwalteten Mittel sichern den Neubau bezahlbarer Wohnungen
609 unabhängig vom Landeshaushalt.

610 Außerdem stärken wir die Wohnungsbaugenossenschaften als verlässliche Partner und
611 fördern neue kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Wir wollen, dass der Bund die
612 Länder auch über 2019 hinaus beim Bau von Sozialwohnungen finanziell unterstützen
613 kann. Deshalb fordern wir eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes.

614 **Soziale Spaltung in den Städten beenden**

615 Mit Hilfe des Programms „Soziale Stadt“ begegnen wir der sozialen Spaltung in unseren
616 Städten. Einzelne Bevölkerungsgruppen dürfen nicht aus attraktiven Wohnlagen oder
617 ganzen Städten verdrängt werden. Wir wollen eine soziale Stadt, die für alle Menschen
618 da ist, unabhängig von Einkommen, Alter und Herkunft. Dafür werden wir die
619 notwendigen Mittel bereitstellen.

620 **Wohnraum für junge Menschen**

621 Junge Menschen haben es am Wohnungsmarkt besonders schwer. In der Regel haben
622 sie wenig Geld. Oft bleiben sie nur während der Ausbildung an einem Ort und müssen
623 bald wieder umziehen. Insbesondere in den Hochschulstädten ist die Situation
624 angespannt. Gleichzeitig haben Auszubildende Schwierigkeiten bei der Suche nach

625 bezahlbaren Wohnungen. Wir wollen die Wohnungsprobleme der jungen Menschen
626 gezielt angehen.

627 Deshalb stellen wir die notwendigen Fördermittel zur Verfügung, um mehr bezahlbaren
628 Wohnraum für Studierende und Azubis zu schaffen. Bis 2022 sollen so 2.000 zusätzliche
629 Wohnmöglichkeiten entstehen.

630 **Ältere Menschen unterstützen**

631 Unsere Gesellschaft wird älter. Das wirkt sich auf den Wohnungsmarkt aus. Die
632 Wohnungen müssen stärker an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst werden.
633 Sie sollen so lange wie möglich in der vertrauten Umgebung bleiben können. Deshalb
634 fördern wir barrierefreie Wohnungen. Das nutzt Allen. Wo ein Rollstuhl durchpasst,
635 kommt auch ein Kinderwagen durch.

636 **Lebensqualität im ländlichen Raum stärken**

637 Wenn die Mobilität im Alter abnimmt, sind viele Wege im ländlichen Raum sehr weit. Wir
638 wollen gleiche Lebensverhältnisse im ganzen Land. Deshalb muss es allen möglich sein,
639 Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten und kulturelle Einrichtungen gut zu erreichen. Der
640 öffentliche Personennahverkehr soll entsprechend ausgestaltet sein. Möglichst viel soll
641 möglichst nah sein.

642 Wohnen wollen wir mit ambulanter Hilfe bzw. Pflege verzahnen. Gemeinden können
643 gemeinsame Konzepte erarbeiten. Das wollen wir fördern. Schließlich wird nicht jede
644 Einrichtung überall gebraucht. Das spart auch Kosten.

645 **Städte- und Wohnungsbaupolitik verändert sich**

646 Lebensmodelle in unserer Gesellschaft verändern sich. Familien bekommen weniger
647 Kinder. Immer mehr Menschen leben als Singles. Darauf müssen wir reagieren. Wir
648 denken Städte- und Wohnungsbaupolitik gemeinsam. Nur eine durchmischte Bebauung
649 mit öffentlich geförderten und frei finanzierten Wohnungen in der ganzen Stadt verhindert
650 die soziale Spaltung.

651 Wir sorgen für bedarfsgerechte, attraktive und bezahlbare Wohnungen für alle
652 Generationen. Gleichzeitig fördern wir Quartiere, in denen Jung und Alt zusammenlebt.
653 Dabei unterstützen wir neue Wohnformen. Ein Beispiel dafür ist „Wohnen für Hilfe“.
654 Junge Menschen können günstig bei Senioren leben. Dafür helfen sie im Haushalt.

655 **Gute Arbeit in Schleswig-Holstein**

656 Wir wollen Schleswig-Holstein zum Land mit den besten Arbeitsbedingungen in
657 Deutschland machen. Unser Wohlstand entsteht aus der harten Arbeit der Beschäftigten.
658 Das erfüllt viele Menschen mit Stolz. Ihre Arbeit zu schützen und wertzuschätzen ist ein
659 wichtiges Ziel sozialdemokratischer Politik.

660 Auf diesem Weg sind wir in den letzten 5 Jahren vorangekommen. Wir haben so wenige
661 Arbeitslose wie seit 1993 nicht mehr. Seit unserem Regierungsantritt sind rund 80.000
662 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Die
663 Löhne sind real kräftig gestiegen. Das ist auch ein Ergebnis unserer aktiven Wirtschafts-
664 und Arbeitsmarktpolitik.

665 **Gute Ausbildung**

666 Wir wollen, dass Ausbildung nicht an finanziellen Problemen scheitert. Deshalb setzen
667 wir uns auf Bundesebene für eine allgemeine Mindestausbildungsvergütung ein.
668 Außerdem wollen wir Auszubildende in den Bereichen Wohnen und Mobilität
669 unterstützen. Unser Ziel ist es, analog zu einem landesweiten Studierendenticket, auch
670 für Auszubildende eine gute und bezahlbare Lösung für ein Azubi-Ticket zu entwickeln.
671 Auszubildende mit besonders weiten Wegen zu Ausbildungsstätten außerhalb
672 Schleswig-Holsteins erhalten darüber hinaus eine besondere Unterstützung. Wo der
673 Wohnungsmarkt besonders angespannt ist, prüfen wir außerdem die Möglichkeit von
674 Azubi-Wohnheimen.

675 **Tariftreuegesetz fortführen**

676 Wir haben ein wirksames schleswig-holsteinisches Tariftreuegesetz geschaffen. Es sorgt
677 dafür, dass bei öffentlichen Aufträgen ein Mindeststundenlohn von 9,18 Euro gezahlt
678 werden muss. Das verhindert Lohn-Dumping.

679 Den Mindestlohn im Rahmen des Tariftreuegesetzes werden wir deshalb fest an die
680 unterste Lohngruppe der Landesbeschäftigten binden. Öffentliche Aufträge gibt es nur,
681 wenn mindestens dieser unterste Tariflohn gezahlt wird.

682 **Tarifbindung und Mitbestimmung stärken**

683 Wir haben die Verschlechterungen im Mitbestimmungsgesetz zurückgenommen und die
684 Personalräte im öffentlichen Dienst gestärkt. Wir wollen starke Gewerkschaften und eine
685 wirksame Mitbestimmung in Betrieben und Dienststellen. Nur so können unsere
686 Standards guter Arbeit gesichert werden. Die Tarifbindung im Land werden wir aktiv
687 fördern, indem wir Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären. Unsere
688 Wirtschaftsförderung knüpfen wir noch stärker an die Kriterien guter Arbeit. Um
689 Mitbestimmung zu fördern, werden wir einen Preis ausschreiben.

690 **Öffentlichen Dienst nicht abkoppeln**

691 Hinsichtlich der Übertragung der Tarifabschlüsse auf die Besoldung und Versorgung der
692 Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen haben wir uns in den letzten
693 Jahren sachgerecht mit den Gewerkschaften verständigt. Dies werden wir fortsetzen. Die
694 im Rahmen der Tarifverhandlungen gefundenen Einigungen werden dabei Maßstab für
695 die Anpassung der Besoldung und Versorgung bleiben. Die Beamtinnen und Beamten
696 werden nicht von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden.

697

698 **Bedarf an Fachkräften decken**

699 Gemeinsam mit Gewerkschaften und Wirtschaft haben wir ein Bündnis zur
700 Fachkräftesicherung geschaffen. Die Fachkräfteinitiative hat sich gemeinsam mit dem
701 Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung und Weiterbildung (KoFW) als wirksames
702 Netzwerk erwiesen. Insgesamt wurden 130 Maßnahmen erarbeitet, die schrittweise
703 umgesetzt werden. Dazu gehört mehr Frauen in Arbeit zu bringen, duale Ausbildungen
704 zu fördern und die Verbesserung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Hochschulen.

705 Wir wollen die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften im Land decken. Bis 2030
706 werden rund 100.000 zusätzliche Fachkräfte benötigt. Dafür müssen wir für gute
707 Arbeitsbedingungen sorgen. Andernfalls werden wir im Wettbewerb um motivierte und
708 gut ausgebildete Beschäftigte nicht bestehen.

709 Die Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“ werden wir mit den Sozialpartnern aus
710 Wirtschaft und Gewerkschaften fortführen. Dabei wollen wir besondere Anstrengungen
711 unternehmen, um Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
712 umzuwandeln. Regelmäßig wird der Erfolg untersucht. Wenn nötig, werden
713 Anpassungen vorgenommen.

714 Da der Tourismus in Schleswig-Holstein ein besonders wichtiger Wirtschaftszweig ist,
715 werden wir ein Sonderprogramm „Gute Arbeit und Ausbildung im Tourismus SH“
716 auflegen. Dazu kooperieren wir mit Unternehmen und Gewerkschaften. Zudem
717 unterstützen wir lokale Bündnisse für gute Arbeit und Mitbestimmung.

718 **Sachgrundlose Befristung stoppen**

719 Wo das Land Arbeitgeber ist, werden wir künftig komplett auf sachgrundlose
720 Befristungen verzichten und sachgrundbezogene Befristungen auf ein Minimum
721 zurückführen.

722 **Aktive Arbeitsmarktpolitik stärken**

723 Mit dem 2014 aufgelegten freiwilligen „Landesprogramm Arbeit“ investieren wir in
724 Schleswig-Holstein bis 2020 rund 240 Mio. Euro in die Arbeitsmarktpolitik. Davon
725 profitieren insbesondere Geringqualifizierte, Ältere, Alleinerziehende, Menschen mit
726 Behinderung und Menschen mit Migrationsgeschichte. Wir sehen Arbeit nicht nur als
727 Broterwerb, sondern als Chance zur Teilhabe und Quelle für Wertschätzung.

728 Die aktive Arbeitsmarktpolitik werden wir weiter stärken. Dazu treiben wir die
729 abschlussorientierte Weiterbildung und Qualifizierung voran. Eine Förderung von
730 öffentlicher Beschäftigung halten wir für zwingend erforderlich. Die Finanzierung muss
731 der Bund übernehmen. Initiativen zu einer Einführung unterstützen wir. Das hilft vor
732 allem Familien mit Kindern, in denen beide Elternteile von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

733 **Missbrauch auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen**

734 Wir haben ein Register zum Schutz fairen Wettbewerbs geschaffen. Dadurch können
735 Betriebe, die ihre Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ausbeuten, leicht identifiziert

736 werden. Sie werden von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen. Um Arbeitnehmerinnen
737 und Arbeitnehmer bestmöglich zu schützen, brauchen wir mehr Kontrollen. Nur so kann
738 die flächendeckende Einhaltung der Gesetze zum Arbeitsschutz erreicht werden.

739 Wir werden den Arbeitsschutz personell stärken und unser Beratungsnetzwerk gegen
740 den Missbrauch von Werkverträgen fortführen. Das nützt auch ausländischen
741 Beschäftigten, die oft ausgebeutet werden. Wir führen einen Index „Gute Arbeit“ ein. Er
742 zeigt uns, wo wir nachsteuern müssen.

743 **Digitalisierung nutzen – Gute Arbeit sichern**

744 Die mit der Digitalisierung einhergehenden Chancen für eine humane Gestaltung der
745 Arbeitswelt, wie z.B. für flexiblere familiengerechtere Arbeit oder alternsgerechte und
746 lernfördernde Arbeitsplätze, gilt es für Schleswig-Holstein zu nutzen. Die aktive
747 Gestaltung des Prozesses durch die Beschäftigten ist einer der entscheidenden
748 Schlüssel für die erfolgreiche Gestaltung der Digitalisierung.

749 Dazu werden wir unter anderem einen Lehrstuhl für Arbeitswissenschaft einrichten. Die
750 dort gewonnenen Erkenntnisse sowie die Stärkung der Beschäftigten werden wir durch
751 ein neu einzurichtendes „Innovations- und Transfercenter Arbeit 4.0“ (Ggf. zusammen
752 mit dem Fachkräfte-Kompetenzzentrum) sicherstellen.

753 **Geflüchtete in den Arbeitsmarkt integrieren**

754 Durch Programme wie BÜFAA.SH (begleiteter Übergang für Flüchtlinge in Ausbildung
755 und Arbeit) integrieren wir Geflüchtete in den Arbeitsmarkt. Dafür stellt das Land in den
756 Jahren 2016 und 2017 insgesamt 9 Mio. Euro bereit.

757 Wir wollen alle Menschen schnell in Arbeit bringen. Das ist die beste Voraussetzung für
758 erfolgreiche Integration. Dazu werden wir weiterhin in die individuelle Qualifizierung
759 investieren. Auf Bundesebene setzen wir uns für zusätzliche rechtliche Erleichterungen
760 beim Arbeitsmarktzugang ein. Hierzu gehört ein kompletter Wegfall der Vorrangprüfung.

761 **Gute Arbeit darf nicht krank machen**

762 Seit 2012 ist es uns gelungen, dass mehr ältere Menschen arbeiten. Das gilt auch für
763 Menschen mit Behinderung. Wir wollen gesundheitsverträgliche Arbeitsplätze weiter
764 fördern. Deshalb starten wir ein Programm für Gesundheit am Arbeitsplatz.

765 **Schulen**

766 Wir wollen mehr in Bildung investieren. Das ist die Voraussetzung für eine gerechte
767 Gesellschaft, in der Menschen durch Fleiß und Talent ihre selbstgesteckten Ziele
768 erreichen können. Bildung ist die Grundlage für Chancengleichheit. Deshalb muss unser
769 Bildungssystem gebührenfrei und durchlässig sein. Gesellschaftliche Teilhabe kann es
770 nur geben, wenn jeder junge Mensch gleiche Chancen hat. Das muss unabhängig von
771 seiner sozialen Herkunft gewährleistet sein. Deshalb bleibt Bildung unsere Priorität.

772 Wir haben mit dem neuen Schulgesetz einen Rahmen gesetzt, in dem sich die Schulen
773 entwickeln können. Viele Kürzungen der Vorgängerregierung haben wir rückgängig
774 gemacht. Wir haben die Lehrkräftebildung modernisiert und die Bedeutung des
775 Elternwillens gestärkt. Bei der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund haben
776 wir ein bundesweit vorbildliches Konzept eingeführt. Auf diesen Erfolgen wollen wir
777 aufbauen.

778 **100 Prozent Unterrichtsversorgung erreichen**

779 Wir haben zu Beginn der Legislaturperiode im Herbst 2012 ehrlich bilanziert: Unseren
780 Schulen fehlten rund 1.600 Stellen für Lehrkräfte. Die Stellenkürzungen der CDU/FDP-
781 Vorgängerregierung haben wir zurückgenommen. Heute haben wir rund 2.000
782 Lehrerinnen und Lehrer mehr als von der Vorgängerregierung geplant.

783 Wir wollen 100 Prozent Unterrichtsversorgung für alle Schulen, d.h., dass wir den
784 Schulen alle Stellen zur Verfügung stellen, die sie zur Erfüllung der vorgegebenen
785 Stundentafeln benötigen.

786 Für die allgemeinbildenden Schulen wollen wir das Ziel 2019 erreichen. Bis 2021 auch
787 an den Beruflichen Schulen. Über den Fortschritt legen wir regelmäßig umfangreich
788 Rechenschaft ab.

789 **Schulen im Dialog entwickeln**

790 Wir haben regelmäßige Bildungsdialoge durchgeführt, um gemeinsam die besten
791 Lösungen zu finden. Die jetzige Schulstruktur ist eines der Ergebnisse des
792 Bildungsdialoges im Jahr 2013. An dieses Ergebnis fühlen wir uns gebunden. Wir wollen
793 den Dialog fortsetzen und unsere Vision einer „Schule für alle“ in dem Sinne
794 verwirklichen, dass wir ein inklusives Schulsystem entwickeln, in dem jede Schule sich
795 bestmöglich um alle ihr anvertrauten Schülerinnen und Schüler kümmern kann und
796 kümmert.

797 Die optimale Weiterentwicklung unserer Schulen geht nur gemeinsam. Dafür brauchen
798 wir Eltern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Träger, Gewerkschaften, Verbände und
799 Vereine.

800 **Schulfrieden für die Verbesserung der Unterrichtsqualität**

801 Das Schulsystem in Schleswig-Holstein ist seit 2012 gerechter, leistungsfähiger und
802 durchlässiger geworden. Mit den Gemeinschaftsschulen und den Gymnasien haben wir
803 bei den weiterführenden Schulen zwei Wege mit jeweils eigenen Stärken. An jeder
804 Schulart sind alle Abschlüsse möglich. In höheren Klassenstufen kommen die
805 Beruflichen Schulen als weitere Möglichkeit dazu.

806 Wir wollen den ständigen Strukturveränderungen an den allgemeinbildenden Schulen ein
807 Ende setzen. Durch dauerhaften Schulfrieden können sich die Schulen voll auf die
808 Qualität des Unterrichts konzentrieren.

809 **Viele Wege führen zum Abitur**

810 Seit 2012 gibt es 17 neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Inzwischen kooperieren
811 über 80 Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe mit Schulen mit Oberstufe und
812 ermöglichen auf diese Weise den Weg zum Abitur.

813 In Schleswig-Holstein soll jede Gemeinschaftsschule eine eigene oder kooperierende
814 Oberstufe haben. Deshalb unterstützen wir, wenn der Bedarf besteht, die Schaffung
815 weiterer Oberstufen. Besonders wollen wir auf die Westküste achten, wo höhere
816 Bildungsabschlüsse im Vergleich zum Landesdurchschnitt unterrepräsentiert sind.

817 **Bildungsgerechtigkeit schaffen**

818 Schülerinnen und Schüler, deren Schulabschluss gefährdet ist, werden vielfältig
819 unterstützt. An allgemeinbildenden und beruflichen Schulen wird das Handlungskonzept
820 PLS (Praxis, Lebensplanung und Schule) mit rund 1.000 Coaches angewandt. Zudem
821 gibt es Flex-Klassen, die mehr Zeit für eine Klassenstufe ermöglichen. An neun
822 Standorten sorgen Praxisklassen für eine besonders berufsorientierte Schulbildung.

823 Wir wollen den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg
824 aufbrechen. Kein Jugendlicher soll ohne Abschluss bleiben. Dafür werden wir einen
825 Sozialindex entwickeln. Schulen mit schwierigen Bedingungen sollen zusätzliche Mittel
826 erhalten. Das führt zu mehr Gerechtigkeit. Die Schulsozialarbeit für die weiterführenden
827 Schulen werden wir ausbauen.

828 **Qualität von Schulen und Unterricht verbessern**

829 Neben den verpflichtenden Leistungsstanderhebungen in den Klassen 3 und 8 (VERA 3
830 und VERA 8) haben wir ermöglicht, dass sich unsere Schulen freiwillig an einer
831 Erhebung des Leistungsstandes in den sechsten Klassen (VERA 6) beteiligen. Über 140
832 Schulen haben das Angebot in 2016 genutzt. Zudem wird seit Februar 2016 ein
833 Verfahren zur externen Evaluation auf freiwilliger Basis angeboten. Berater und
834 Beraterinnen kommen an die Schulen und analysieren Strukturen und Unterricht. Dieses
835 Schulfeedback.SH unterstützt die Schulen durch gezielte Rückmeldung und Angebote
836 bei der Verbesserung ihrer Arbeit. Das Schulfeedback.SH werden wir durch mehr
837 Personal ausbauen.

838 Schulleitungen gestalten an zentraler Stelle die Entwicklung und Qualitätssicherung von
839 Schulen. Sie brauchen ein Kontingent zur Entlastung von Kolleginnen und Kollegen, die
840 besondere Aufgaben z.B. im Bereich der Schulentwicklung wahrnehmen. Wir werden
841 hier einen Einstieg machen.

842 **Grundschulstandorte erhalten**

843 Wir haben durch die Absenkung von Mindestgrößen den Bestand vieler kleiner
844 Grundschulen und ihrer Außenstellen gesichert. Kurze Beine brauchen kurze Wege.
845 Grundschulen sind ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den ländlichen
846 Räumen. Zum Erhalt von Grundschulen unterstützen wir Kooperationen und innovative
847 Konzepte.

848 **Verankerung von Wirtschaft und Politik in der Schule**

849 Wir haben das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt. Auch deshalb muss die politische
850 Bildung in den Schulen gestärkt werden. Es gibt nach wie vor Schülerinnen und Schüler
851 in Schleswig-Holstein, die während ihrer Schulzeit nicht in Kontakt mit politischer Bildung
852 kommen. Deshalb haben wir die Bedeutung von Gesprächen mit Abgeordneten,
853 Politikerinnen und Politikern und Schülerinnen und Schülern deutlich gemacht.

854 Wir glauben, dass gute politische Bildung die Voraussetzung für echte Teilhabe ist.
855 Deshalb werden wir dafür sorgen, dass Inhalte von Wirtschaft/Politik bereits ab Klasse 5
856 in allen Schulen des Landes unterrichtet werden.

857 **Unterrichtsausfall vermeiden**

858 Wir haben mit mehr Geld und mehr Stellen dafür gesorgt, dass weniger
859 Unterrichtsstunden ausfallen. Erstmals haben wir den Unterrichtsausfall und den
860 planmäßig erteilten Unterricht mit dem System „PUSH“ erfassen können. Demnach
861 fallen im Durchschnitt ca. 2 % aller Stunden aus. Rund 6,6 % aller Stunden werden nicht
862 planmäßig erteilt. Sie werden aber durch Vertretungsunterricht, Zusammenlegung von
863 Lerngruppen oder auch durch eigenverantwortliches Arbeiten aufgefangen. An einigen
864 Schulen sind die Ergebnisse schlechter, an anderen besser.

865 Wir wollen Unterrichtsausfall weiter reduzieren. Dafür verbessern wir die
866 Unterrichtsversorgung, indem wir mehr Lehrkräfte einstellen und flexible
867 Vertretungssysteme entwickeln.

868 **Inklusion - Auftrag für alle Schulen**

869 Unser Schulsystem ist für die Inklusion gut aufgestellt. Bereits seit 1990 durften in
870 Schleswig-Holstein Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf zwischen
871 allgemeinbildender Schule und Förderzentrum wählen. Heute gehen fast 70 % dieser
872 Kinder auf eine allgemeinbildende Schule. Wir haben über 100 neue Stellen für
873 Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen geschaffen, um individuelle Förderung zu
874 ermöglichen. Zudem ist Inklusion jetzt verbindlicher Teil der Lehrkräfteausbildung. Wir
875 haben eine Fortbildungsinitiative für unsere Lehrkräfte gestartet. Und wir haben
876 multiprofessionelle Teams bestehend aus Sonderpädagogen, Schulsozialarbeit und
877 Schulassistenz an den Schulen gefördert.

878 Wir wollen die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen. Sie fordert für Menschen mit
879 Behinderung die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein. Das
880 bezieht sich auf die gesamte Gesellschaft, nicht nur auf die Schulen.

881 Dazu werden wir die Mittel für Sonderpädagogik, Schulsozialarbeit und schulische
882 Assistenz weiter erhöhen. Wir wollen zudem die Beteiligung der Eltern von Schülerinnen
883 und Schülern mit besonderem Förderbedarf verbessern. Schülerinnen und Schüler mit
884 besonderen Begabungen werden in Deutschland nicht ausreichend bei der Entfaltung
885 ihrer Talente unterstützt. Wir werden die individuelle Förderung verbessern. Inklusion
886 darf nicht an der Schwelle zum Beruf scheitern. Auch im Übergang von der Schule in

887 den Beruf wollen wir junge Menschen mit Förderbedarf dabei unterstützen, einen Beruf
888 ihrer Wahl ausüben zu können und ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten.

889 **Schulbegleitung und Schulessistenz**

890 Die Schulbegleitung ist wichtig, um Kinder individuell zu fördern. Zusätzlich haben wir die
891 Schulessistenz eingeführt, um die Grundschulen zu unterstützen. Rund 600
892 Schulessistenzkräfte unterstützen derzeit die Grundschulen. Wir wollen allen Kindern
893 einen erfolgreichen Schulbesuch ermöglichen. Dafür ist Unterstützung notwendig.

894 In Bezug auf die Schulbegleitung werden die Verhandlungen mit den Kreisen als Träger
895 der Eingliederungshilfe fortgeführt. Unser Ziel: Ausreichende und unbürokratische
896 Unterstützung für Kinder und Jugendliche. Konfliktfälle werden in einer Clearing-Stelle
897 aus Sozialministerium, Bildungsministerium und kommunalen Spitzenverbänden geklärt.

898 **Ganztagschulen ausbauen**

899 Die Zahl der offenen Ganztagschulen ist im Vergleich zur letzten Wahlperiode
900 (Schuljahr 11/12) von 428 geförderten Ganztagschulen auf über 500 im Schuljahr 15/16
901 gestiegen. Insgesamt gibt es 31 gebundene Ganztagschulen im Land.

902 Wir wollen bis 2020 jedem Kind einen Platz an einer Ganztagschule anbieten. Das
903 erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zudem können die Kinder durch
904 Ganztagschulen gezielter gefördert werden.

905 Wir unterstützen alle Schulen, die sich zu offenen Ganztagschulen entwickeln wollen.
906 Jährlich werden bis zu fünf gebundene Ganztagschulen ermöglicht. Auch teilgebundene
907 Formen, bei der Schüler und Schülerinnen an mindestens zwei Tagen das
908 Ganztagsangebot besuchen müssen, werden wir prüfen. Berufliche Schulen sind schon
909 als Ganztagschulen angelegt. Dennoch werden wir ihnen bei zusätzlichen Angeboten
910 am Nachmittag helfen.

911 **Integration gelingen lassen**

912 Seit 2002 wurden in Schleswig-Holstein schrittweise DaZ-Zentren eingerichtet (DaZ =
913 Deutsch als Zweitsprache), um Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende
914 Deutschkenntnisse gezielt zu fördern. Im Schuljahr 2013/2014 profitierten davon etwa
915 1.700 Schülerinnen und Schüler. Diese Zahl stieg bis Mai 2016 auf etwa 12.000.

916 Damit Integration gelingt, müssen junge Menschen schnellstmöglich an unsere Sprache
917 und an unser Schulsystem herangeführt werden. In Schleswig-Holstein kümmern wir uns
918 von Beginn an um die Bildung für Flüchtlingskinder.

919 Um die Integration dieser Kinder und Jugendlichen auch in der Freizeit und in den Ferien
920 zu fördern, finanziert das Bildungsministerium zusätzliche Angebote der Freien
921 Wohlfahrtsverbände mit 1,5 Mio. Euro.

922

923 **Ersatzschulen fair finanzieren**

924 Wir haben mit den Verbänden der Schulen in freier Trägerschaft die Finanzierung ihrer
925 Schulen neu geregelt. Dadurch haben die privaten Schulen Planungssicherheit und
926 weniger bürokratischen Aufwand.

927 **Wir bleiben ein verlässlicher Partner. Gute Arbeit für Lehrerinnen 928 und Lehrer**

929 Die Reform der Lehrkräftebildung stärkt die pädagogische Qualität unserer künftigen
930 Lehrerinnen und Lehrer. Zudem haben wir die Besoldung verbessert.

931 Für gute Schulen brauchen wir gute und hoch motivierte Lehrerinnen und Lehrer.
932 Perspektivisch wollen wir alle Lehrkräfte an weiterführenden Schulen gleich bezahlen. In
933 2016 wurden etwa 1.100 Lehrerinnen und Lehrer nach A13 befördert. Insgesamt
934 erhalten über 2.300 mit A12 besoldete Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen die Chance,
935 in einem Zeitraum von 5 Jahren eine höhere Besoldung zu bekommen. Bei der
936 Erhöhung der Besoldung für Grundschullehrkräfte kann Schleswig-Holstein jedoch keine
937 Vorreiterrolle einnehmen, sondern kann nur in Abstimmung mit den anderen
938 Bundesländern handeln.

939 Die Reise- und Fortbildungskosten der Lehrkräfte wird das Land übernehmen. Seiten-
940 und Quereinsteigern werden wir erleichtern, in den Schuldienst einzutreten. Die längere
941 und teils spätere Ausbildung der Lehrkräfte an beruflichen Schulen werden wir in unsere
942 Betrachtung mit einbeziehen.

943 **Zentralabitur und Zukunft der Oberstufe**

944 Die schriftlichen Abituraufgaben werden in Schleswig-Holstein zentral gestellt –
945 dieselben für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen. Mit anderen Bundesländern
946 beteiligen wir uns an einem Pool gemeinsamer Aufgaben, um länderübergreifende
947 Vergleiche zu ermöglichen.

948 Wir wollen einen Dialog über die Zukunft der Oberstufe an Gymnasien,
949 Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Gymnasien beginnen. Dabei soll es um die
950 Organisation der Oberstufe ebenso gehen wie um die Vergleichbarkeit der Abschlüsse.
951 Das Konzept der Profiloberstufe wird beibehalten. Außerdem arbeiten wir daran mit, die
952 Schulabschlüsse in Deutschland zu vereinheitlichen („Zentralabitur“).

953 **Religionsunterricht**

954 Wir haben mit den Religionsgemeinschaften einen Dialog über den Religionsunterricht
955 im Land begonnen. Bisher sind wir zu keiner gemeinsamen Lösung gekommen. Unser
956 Ziel bleibt ein konfessions- und religionsübergreifender Unterricht. Schülerinnen und
957 Schüler aller Weltanschauungen sollen gemeinsam unterrichtet werden.

958 Den Dialog über den konfessions- und religionsübergreifenden Religionsunterricht
959 werden wir fortsetzen. Bis zu einer Einigung unterstützen wir die Einführung eines
960 islamischen Religionsunterrichts. Er wird in staatlicher Verantwortung sowie in deutscher

961 Sprache stattfinden. Dafür prüfen wir die Einrichtung eines Islam-Lehrstuhls zur
962 Ausbildung von Lehrkräften für Schulen und Hochschulen.

963 **Schulen der dänischen Minderheit sind keine Ersatzschulen**

964 Wir haben die Finanzierung der Schulen der dänischen Minderheit gestärkt. Sie werden
965 genauso finanziert wie deutsche Schulen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die
966 weitere Entwicklung der dänischen Minderheit. An unserer bisherigen Politik halten wir
967 fest.

968 **Minderheiten- und Regionalsprachen lernen**

969 Die Sprachenvielfalt Schleswig-Holsteins ist bundesweit einmalig und ein Gewinn für das
970 gesamte Land. Damit der Unterricht stattfinden kann, braucht es entsprechend
971 qualifizierte Lehrkräfte. Dafür hat die Landesregierung gesorgt. Dänisch ist kein
972 Mangelfach mehr und hat einen festen Platz an unseren Schulen.

973 Diese Sprachenvielfalt wollen wir weiter fördern. Die Landesregierung will dieses
974 Alleinstellungsmerkmal – so wie im Handlungsplan Sprachpolitik festgehalten – fördern
975 und nutzen.

976 Im neuen Schulgesetz haben wir zudem Niederdeutsch gestärkt. Inzwischen kann die
977 Sprache an 29 Grundschulstandorten erlernt werden. Zudem wird an 18 Grundschulen
978 Friesisch angeboten. Diese Angebote werden wir auf weiterführende Schulen ausweiten.

979 **Internationale Erfahrungen vermitteln**

980 Die Zahl der Europaschulen im Land ist seit 2012 von 31 auf 42 angestiegen. Der
981 grenzüberschreitende Austausch stärkt den europäischen Zusammenhalt und erweitert
982 die Perspektiven unserer jungen Menschen. Wir werden noch mehr Schulen und
983 Betriebe ermuntern, den internationalen Austausch zu suchen.

984 **Kooperationsverbot abschaffen**

985 Im Bundesrat haben wir uns für die Abschaffung des Kooperationsverbotes eingesetzt.
986 Das verhindert, dass der Bund die Länder bei der Finanzierung der Bildungsausgaben
987 unterstützt. Ein Durchbruch ist uns im Hochschulbereich gelungen – dort wurde das
988 Verbot gestrichen.

989 Die Bildungschancen junger Menschen dürfen nicht in einem finanziellen Wettlauf
990 zwischen reicheren und ärmeren Ländern verteilt werden. Deswegen wollen wir das
991 Kooperationsverbot auch für die Schulen abschaffen. Denn wir brauchen die
992 Unterstützung des Bundes bei Herausforderungen wie Inklusion, Integration von
993 Geflüchteten, digitale Bildung und Ganztagschule.

994

995 **Berufliche Bildung**

996 Die Jugendarbeitslosigkeit wurde in dieser Legislaturperiode halbiert. Die Zahl der
997 Ausbildungsplätze ist in 2015 leicht gestiegen. Die Verbindung von schulischer und
998 betrieblicher Ausbildung garantiert eine hohe Qualifikation. Regionale
999 Ausbildungsbetreuerinnen und -betreuer verhindern, dass Schülerinnen und Schüler
1000 unnötig ihre Ausbildung abbrechen. Wir möchten allen jungen Menschen in Schleswig-
1001 Holstein eine Ausbildungsgarantie geben.

1002 **Ausbildung fördern**

1003 Wir unterstützen auch weiterhin die „Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung“ des
1004 Handwerks und bezuschussen die Berufsbildungsstätten. Wir wollen jedem
1005 Jugendlichen einen qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatz anbieten. Die Ausbildung
1006 im Berufsschulsystem wollen wir zum Beispiel bei den Erziehern und Erzieherinnen mit
1007 Blick auf den gesellschaftlichen Bedarf weiterentwickeln. Wir werden für die Teilzeit-
1008 Ausbildung gute Rahmenbedingungen schaffen. Das ist insbesondere für
1009 Alleinerziehende von großer Bedeutung.

1010 **Jugendberufsagenturen stärken – Kein Jugendlicher ohne** 1011 **Abschluss**

1012 „Niemand geht auf seinem Weg verloren“ – das ist das erklärte Ziel der
1013 Jugendberufsagenturen (JBA). Sie organisieren eine verbindliche Zusammenarbeit aller
1014 Akteure im Übergang von Schule und Beruf. In Schleswig-Flensburg, Nordfriesland, dem
1015 Kreis Pinneberg, Dithmarschen, Neumünster und Kiel sind JBA auf den Weg gebracht.
1016 Wir wollen das Angebot der Jugendberufsagenturen schrittweise auf alle Kreise und
1017 kreisfreien Städte ausdehnen. Dazu leisten wir eine Anschubfinanzierung.

1018 **Schulabschluss erreichen**

1019 In sogenannten Flex-Klassen erhalten Schülerinnen und Schüler ein zusätzliches Jahr,
1020 um einen Schulabschluss zu erreichen. In Praxisklassen erhalten Jugendliche vor
1021 Beendigung der Schulpflicht Einblicke in Betriebe. Kreisfachberatungen koordinieren die
1022 Berufsorientierung. Wir wollen die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss
1023 weiter senken. Schwächere Schülerinnen und Schüler erhalten mehr Zeit zum Lernen
1024 und werden besonders unterstützt.

1025 Schon jetzt werden Jugendliche an sieben Produktionsschulen mit knapp 290 Plätzen
1026 auf ihre Ausbildung vorbereitet. Dieses von der EU unterstützte Modellprojekt werden wir
1027 auswerten und ggf. erweitern. Wir wollen die allgemeine Schulpflicht bis Klasse 10 und
1028 die Berufsschulpflicht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ausweiten.

1029 **Weiterentwicklung der Regionale Berufsbildungszentren und der** 1030 **Berufsbildende Schulen**

1031 Die Entwicklung der Berufsbildenden Schulen zu Regionalen Bildungszentren hat zu
1032 mehr Eigenverantwortung der Schulen geführt. Heute gibt es 18 Regionale

1033 Berufsbildungszentren (RBZ) und 15 Berufsbildende Schulen (BBS). Sie helfen uns bei
1034 der Bewältigung großer Herausforderungen: Demografischer Wandel, Fachkräftemangel,
1035 Sicherung der Qualität der Ausbildung und steigende Zahlen von Schülerinnen und
1036 Schülern.

1037 Dafür werden wir ein „Schleswig-Holsteiner Institut für Berufliche Bildung - SHIBB“
1038 gründen. Das Institut stärkt die Berufsschulische Bildung und ermöglicht es, schnell und
1039 dynamisch auf Veränderungen in den Berufsfeldern zu reagieren. Die Leitung dieses
1040 Instituts wird durch ein Kuratorium begleitet, in dem Wirtschaftsverbände,
1041 Gewerkschaften (Sozialpartner), Kammern und Kommunale Spitzenverbände ihren Sitz
1042 haben. Außerdem unterstützen wir, dass die Schülerinnen und Schüler in den
1043 Verwaltungsräten der Regionalen Bildungszentren beteiligt werden.

1044 **Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung stärken**

1045 Bildungswege sind immer noch sehr verschieden. Wir haben die Durchlässigkeit
1046 verbessert, indem z.B. ein Meister die Möglichkeit hat, mit seinem Abschluss ein
1047 Studium aufzunehmen. Unser Ziel ist die Gleichwertigkeit von akademischer und
1048 beruflicher Bildung.

1049 Kompetenzen aus der Berufsausbildung werden beim Studium angerechnet. Für
1050 Studienabbrecher und Studienabbrecherinnen, die eine Berufsausbildung beginnen gilt
1051 ebenfalls: ihre erworbenen Kompetenzen werden angerechnet. Zudem werden wir duale
1052 Studiengänge, welche ein Hochschulstudium sowie Praxisanteile in Unternehmen
1053 verbinden, fördern.

1054 **Lehrkräfte ausbilden und Fachkräfte sichern**

1055 Erstmals wurden in dieser Legislaturperiode alle drei Phasen der Lehrkräftebildung
1056 (Studium, Referendariat, Fort- und Weiterbildung) in einem Gesetz geregelt und an die
1057 veränderte Schulstruktur angepasst. Der Umgang mit Vielfalt, Inklusion und
1058 Medienkompetenz sind nun verbindlicher Teil der Ausbildung. Wir brauchen gute
1059 Lehrkräfte in ausreichender Zahl.

1060 Deshalb unterstützen wir die Hochschulen bei der Umsetzung dieser neuen Vorgaben.
1061 An der Christian-Albrechts-Universität wird ein Weiterbildungsstudiengang für die
1062 Qualifikation zum Oberstufenlehramt eingerichtet. Für Sonderpädagoginnen und
1063 Sonderpädagogen sowie Berufsschullehrkräfte wollen wir die Zahl der Studienplätze und
1064 deren Auslastung erhöhen.

1065 **Weiterbildung**

1066 Lernen geschieht ein Leben lang. Wir wollen das Recht auf Weiterbildung mit Leben
1067 füllen. Arbeit 4.0, Industrie 4.0 und der demografischen Wandel verändern, wie wir leben
1068 und arbeiten. Darauf muss die Weiterbildung reagieren. Wir haben das
1069 Weiterbildungsgesetz so novelliert, dass die Freistellungsansprüche für Beschäftigte
1070 wieder attraktiver geworden sind.

1071 **Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung und Weiterbildung**

1072 Im Jahr 2015 haben wir ein Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung und Weiterbildung
1073 in Schleswig-Holstein (KoFW) eingerichtet. Davon erhoffen wir uns viele neue Impulse.
1074 Schwerpunkte bilden die branchenorientierte Weiterentwicklung der Fachkräfte, um für
1075 neue berufliche Aufgaben zu qualifizieren sowie das digitale Lernen. Zudem wollen wir
1076 die Vernetzung in der Weiterbildung voranbringen.

1077 Wir prüfen, die Beratungs- und Angebotsstrukturen an kommunalen
1078 Weiterbildungsstützpunkten zusammen zu führen. Hinzu kommt die Entwicklung und
1079 Förderung von freien, digitalen Lernangeboten (Open Educational Resources OER), die
1080 auch über die Volkshochschulen (VHS) aktiv vermittelt und beworben werden können.
1081 Auf diese Weise können sich alle Bürger und Bürgerinnen eigenständig und kostenlos
1082 fortbilden. Um eine gute Weiterbildung zu ermöglichen, soll die Förderung und
1083 Zertifizierung von Angeboten in der beruflichen Weiterbildung an die Sicherstellung von
1084 guten Arbeitsbedingungen auch für Dozentinnen und Dozenten geknüpft werden.

1085 **Volkshochschulen und Bildungsstätten**

1086 Wir haben die Volkshochschulen gestärkt und eine professionelle Sprachförderung für
1087 Flüchtlinge finanziert. Volkshochschulen und Bildungsstätten sind wichtige
1088 Bildungsvermittler. Sie bieten Hilfe zur Selbsthilfe. Das gilt für die Integration von
1089 Flüchtlingen, die Professionalisierung von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und
1090 die Bekämpfung von Analphabetismus.

1091 Die Volkshochschulen sollen Vorbild und Treiber für neue digitale Lernangebote werden.
1092 Ihre etablierten Angebote – zum Beispiel für das Deutschlernen für Zugewanderte und
1093 für Analphabeten – werden wir ausweiten.

1094 **Hochschulen, Wissenschaft und Forschung**

1095 Unser Leitbild ist die soziale und offene Hochschule. Mit neuen Impulsen und viel
1096 Kreativität gestalten wir den Wissenschaftsraum Schleswig-Holstein für gute Forschung,
1097 gute Lehre und gute Bildung.

1098 **Grundfinanzierung aufstocken**

1099 Seit 2012 haben wir viel für die Hochschulen erreicht. Die Grundhaushalte der
1100 Hochschulen werden von 2016 bis 2019 schrittweise um insgesamt 25 Mio. Euro
1101 angehoben. Zudem wurde die Landeszuschüsse für den Hochschulpakt III umgesetzt.
1102 Nach Auslaufen des Hochschulpaktes III werden wir 30 Mio. Euro aus Landesmitteln
1103 dauerhaft für die Finanzierung der Hochschulen zur Verfügung stellen.

1104 Wir wollen unsere Hochschulen weiter stärken. Auch nach dem doppelten
1105 Abiturjahrgang rechnen wir mit hohen Studierendenzahlen. Die Hochschulen brauchen
1106 finanzielle Spielräume, um allen Studierenden ein gutes Studium zu ermöglichen. Die
1107 notwendigen Mittel für diese Herausforderung stellen wir zu Verfügung. Außerdem

1108 werden wir versuchen, die Tarifsteigerungen für die tariflich Beschäftigten in der
1109 Hochschulmedizin ab 2018 zu übernehmen.

1110 **Hochschulpakt verlängern**

1111 In dieser Legislaturperiode wurde der Hochschulpakt III geschlossen, um an
1112 Fachhochschulen und Universitäten zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Bund und
1113 Land geben jeweils 225 Mio. Euro für die dritte Phase des Hochschulpakts von 2016 bis
1114 2020/23. Wir wollen eine bessere Finanzierung für unsere Hochschulen auch mit Hilfe
1115 des Bundes erreichen. Wir setzen uns für eine vierte Phase nach 2023 ein. Langfristig
1116 wollen wir, dass der Bund in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigt.

1117 **Diversität nutzen**

1118 Die Studierendenschaft an unseren Hochschulen ist vielfältiger geworden.
1119 Beispielsweise nehmen immer mehr Menschen aus einem nichtakademischen
1120 Elternhaus ein Studium auf. Wir begreifen Vielfalt als Stärke. Deshalb wollen wir sie an
1121 unseren Hochschulen besonders fördern.

1122 Wir werden die Arbeit und Beratungsangebote der Beauftragten für Diversität an den
1123 Hochschulen nach fünf Jahren bewerten. Zudem wollen wir die psychosoziale Beratung
1124 an den Hochschulen ausbauen, damit die Studierenden jederzeit eine Anlaufstelle
1125 haben, falls Probleme in ihrem Studium auftreten. Gemeinsam mit dem
1126 Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen starten wir eine Initiative zur
1127 barrierefreien Hochschule.

1128 **Bundesinitiativen aufnehmen**

1129 Es gibt zahlreiche bundesweite Pakte zur Hochschulentwicklung: die Exzellenzstrategie,
1130 der Hochschulpakt 2020, die Nachwuchsförderung, der Pakt für Forschung und
1131 Innovation, der Qualitätspakt Lehre, Forschung an Fachhochschulen, Innovative
1132 Hochschule sowie die Qualitätsoffensive Lehrerbildung. Wir wollen diese Initiativen in
1133 Schleswig-Holstein umsetzen und durch eigene Schwerpunkte ergänzen.

1134 Wir starten Initiativen zur Entwicklung von Strategien zur Förderung der Forschung in SH
1135 („Zukunft Forschung“), Förderung der Lehre in SH („Zukunft Lehre“) und zur Förderung
1136 von Transfer, Digitalisierung und Innovation. Der Wissenschafts- und
1137 Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft wird weiter gestärkt. Dazu
1138 wird das neu gegründete „Innovations- und Technologieforum“ zu einem Strategieforum
1139 weiterentwickelt, um den Technologiestandort Schleswig-Holstein zu stärken.

1140 **Gute Beschäftigung einfordern**

1141 Erstmals haben wir das Prinzip „Gute Arbeit“ im Hochschulgesetz verankert. Wir haben
1142 die Gleichstellung vorangebracht und Juniorprofessorinnen und -professoren bessere
1143 Perspektiven eröffnet. Auf Bundesebene haben wir uns dafür eingesetzt, dass es bei
1144 Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes eine Mindestlaufzeit für Verträge
1145 der wissenschaftlichen Angestellten gibt. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen an
1146 unseren Hochschulen.

1147 Wir werden befristete Arbeitsverhältnisse reduzieren. Wir unterstützen Obergrenzen für
1148 Personalkosten statt starrer Stellenpläne. Voraussetzung ist, dass sich
1149 Landesrektorenkonferenz und die zuständigen Gewerkschaften einigen.

1150 **Studierbarkeit sichern**

1151 Wir haben ausreichend Studienplätze geschaffen und dafür gesorgt, dass diese auch
1152 genutzt werden können. Unser Ziel bleiben optimale Rahmenbedingungen für ein
1153 erfolgreiches Studium. Zu guten Studienbedingungen gehören ausreichend Wohnraum,
1154 gute Mensen, hilfreiche Beratungsangebote und gute Lehre. Unser Partner bei der
1155 Erreichung vieler dieser Ziele ist das Studentenwerk. Wir unterstützen die
1156 Umbenennung in Studierendenwerk. Wir wollen einen öffentlichen Nahverkehr, der den
1157 Bedürfnissen der Studierenden entgegenkommt. Ziel ist die Entwicklung eines
1158 landesweiten, bezahlbaren Studierendentickets.

1159 **Hochschulbau voranbringen**

1160 Wir haben mit 83 Mio. Euro den Hochschulbau in der vergangenen Regierungszeit
1161 unterstützt. Zudem haben wir 2013 mit der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel eine
1162 Sanierungsvereinbarung über 165 Mio. Euro geschlossen. Wir wollen den
1163 Investitionsstau weiter abbauen.

1164 Das von uns geschaffene Programm IMPULS 2030 bietet zusätzlich die Möglichkeit, die
1165 Hochschulen in Schleswig-Holstein finanziell zu unterstützen. Das werden wir für auch
1166 Sanierungsvereinbarungen mit anderen Hochschulen des Landes nutzen.

1167 **Ethikkommissionen evaluieren**

1168 Wir haben Ethikkommissionen an den Hochschulen eingerichtet. Diese haben das Recht
1169 Forschungsprojekte kritisch zu überprüfen. Für uns sind sie die bessere Alternative zur
1170 umstrittenen Zivilklausel, die militärische Forschung grundsätzlich verbietet. Wir wollen
1171 Hochschulen, die sich sozialen und ethischen Werten verpflichtet fühlen und sie
1172 einhalten. Wir werden die Arbeit der neuen Ethikkommissionen nach fünf Jahren
1173 evaluieren und das Konzept ggf. anpassen.

1174 **Hochschule 4.0 entwickeln**

1175 Auf dem Weg zur Hochschule 4.0 haben wir eine Strategie für den freien Zugang von
1176 wissenschaftlicher Literatur und Forschungsergebnisse in Schleswig-Holstein entwickelt
1177 (Open Access). Wir wollen die Digitalisierung in Schule und Hochschule kontinuierlich
1178 voranbringen. Open Access ist dafür eine wichtige Grundlage. Der freie Zugang zu
1179 wissenschaftlichen Arbeiten ist ein Turbo für Lehren und Lernen.

1180 Die Strategie von Open Access werden wir im Dialog mit den Hochschulen umsetzen.
1181 Wir brauchen digitale Lehrangebote als Ergänzung zum klassischen Präsenzangebot
1182 (Blended Learning) und schaffen so neue, weltweite Zugänge.

1183

1184 **Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) neu bauen**

1185 Der Neubau des UKSH hat begonnen. Das Gesamtprojekt weist über eine Laufzeit von
1186 30 Jahren ein Volumen von rund 1,7 Mrd. Euro aus. Wir wollen das Universitätsklinikum
1187 Schleswig-Holstein (UKSH) in sehr gutem Zustand erhalten. Es ist der größte
1188 Arbeitgeber im Land, der größte Träger der medizinischen Maximalversorgung in
1189 Norddeutschland und ein Eckpfeiler der exzellenten ärztlichen Ausbildung in Schleswig-
1190 Holstein.

1191 Dafür halten wir an der Einheit des UKSH mit Standorten in Kiel und Lübeck fest. Auch
1192 werden wir es in öffentlicher Trägerschaft halten. Mit den Personalvertretungen und den
1193 Gewerkschaften im UKSH bleiben wir im Dialog.

1194 **International sichtbar bleiben**

1195 Mit einem Hochschulgipfel haben wir die deutsch-dänische Kooperation gestärkt.
1196 Internationaler Austausch ist für exzellente Forschung unerlässlich. Deshalb wollen wir
1197 ihn weiter verbessern. Wir fördern die internationale Sichtbarkeit unserer Hochschulen
1198 durch neue Kooperationsmodelle und werden eine neue Strategie „Hochschule
1199 international“ auf den Weg bringen. Die enge Kooperation mit dänischen Hochschulen
1200 wird fortgesetzt.

1201 **Fachhochschulen stärken**

1202 Wir haben ein neues „Promotionskolleg Schleswig-Holstein“ geschaffen. Damit schaffen
1203 wir neue Karrierechancen an den Fachhochschulen. Wir wollen die Fachhochschulen
1204 weiter stärken. Sie sind wichtige Partner in Lehre und Forschung. Deshalb werden wir
1205 uns auf Bundesebene für ein spezielles Förderprogramm, ähnlich der Exzellenzinitiative,
1206 ausschließlich für Fachhochschulen einsetzen.

1207 **Starke Forschung in Schleswig-Holstein**

1208 In Schleswig-Holstein gibt es starke Spitzenforschung, nicht nur innerhalb der beiden
1209 Exzellenzcluster „Future Ocean“ und „Inflammation at Interfaces“. Mit dem Helmholtz-
1210 Institut für Ozeanforschung GEOMAR, dem Helmholtz-Zentrum Geesthacht für Material-
1211 und Küstenforschung, dem Forschungszentrum Borstel, dem Leibniz-Institut für die
1212 Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN), dem Institut für
1213 Weltwirtschaft, dem Zentrum für baltische und skandinavische Archäologie (ZBSA), dem
1214 Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, dem Max-Planck-Institut für
1215 Evolutionsbiologie, dem Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie (ISIT), der
1216 Fraunhofer-Einrichtung für Marine Biotechnologie (EMB) und der Deutschen
1217 Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften - Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
1218 (ZBW), aber auch mit zahlreichen exzellenten Forschungseinrichtungen und
1219 Forschungsbereichen an den Hochschulen haben wir international sichtbare
1220 Leuchttürme.

1221 Schleswig-Holstein geht mit fünf Exzellenzcluster-Anträgen in den Wettbewerb der
1222 dritten Exzellenz-Runde. Es sollen langfristig profilbildende Strukturen daraus entstehen.

1223 Weitere Einrichtungen und Projekte werden dazukommen, um die Stärken unserer
1224 Forschungslandschaft auszubauen. Nachdem wir Energiewende-Musterland geworden
1225 sind, wollen wir auch bei Wissenschaft und Forschung Vorreiter werden. Dazu werden
1226 wir außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in neue Kooperationen einbinden.
1227 Forschungsschwerpunkte in den Bereichen Erneuerbare Energien und
1228 Speichertechnologie werden wir ausbauen.

1229 Der European XFEL, eine Röntgen-Laser-Anlage, die in unterirdische Tunnelröhren
1230 eingebaut wird, reicht vom DESY-Gelände in Hamburg nach Schenefeld, wo
1231 ein Forschungscampus von Weltrang mit einer großen Experimentierhalle entsteht.
1232 Hiervon wird auch das Zentrum für strukturelle Systembiologie (CSSB) profitieren.
1233 Nachdem Schleswig-Holstein unter der letzten Landesregierung aus diesem
1234 Gemeinschaftsprojekt ausgestiegen war, sind wir jetzt wieder ein verlässlicher Partner.
1235 Die Fertigstellung soll 2017 abgeschlossen sein.

1236 **Nachhaltige Wirtschaftspolitik für Schleswig-** 1237 **Holstein**

1238 Seit 2012 sind in Schleswig-Holstein rund 80.000 neue sozialversicherungspflichtige
1239 Arbeitsplätze entstanden. Das Land ist wirtschaftlich auf einem guten Weg. Das liegt
1240 auch an unserer klugen Wirtschaftspolitik.

1241 Der Mittelstand prägt die Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Er ist ein Garant für
1242 Wertschöpfung und berufliche Perspektiven junger Menschen. Kleine und mittlere
1243 Unternehmen haben eigene Stärken und Bedürfnisse. Daran orientiert sich unsere
1244 Wirtschaftspolitik

1245 **Unsere gezielte Wirtschaftsförderung**

1246 Wir verteilen Fördermittel nicht nach dem Gießkannenprinzip. Wir setzen sie gezielt ein.
1247 Unsere Wirtschaftsförderung setzt auf Nachhaltigkeit und die Kriterien guter Arbeit. Die
1248 Förderinstrumente für große Unternehmen und den Mittelstand haben sich bewährt.
1249 Deshalb wollen wir sie weiterentwickeln. Dabei setzen wir auf ökonomische, ökologische
1250 und soziale Aspekte.

1251 Wir unterstützen Betriebe durch Darlehen, Bürgschaften und Beteiligungskapital. Vor
1252 allem kleinere Unternehmen und mittlere Unternehmen beraten wir bei Zukunftsthemen
1253 wie Fachkräftesicherung, Unternehmensnachfolge und Digitalisierung. Ansiedlungen und
1254 professionelles Flächenmanagement der Kommunen unterstützen wir, etwa bei
1255 Konversionsprojekten oder interkommunalen Gewerbegebieten.

1256 **Industriepolitik neu denken**

1257 Mit starken Partnern aus Gewerkschaften, Verbänden und Kammern haben wir das
1258 „Bündnis für Industrie.SH“ geschlossen. Wir gehen gemeinsam Zukunftsthemen an wie
1259 Industrie 4.0 und mehr Wertschöpfung durch die Energiewende.

1260 Die Industrie von heute ist modern und innovativ, bietet hochwertige Arbeitsplätze und
1261 gute Ausbildungsmöglichkeiten. Auch Schleswig-Holstein hat starke industrielle Kerne.
1262 Das gilt besonders für Chemieindustrie, maritime Wirtschaft, Medizintechnik,
1263 Ernährungswirtschaft und den Maschinen- und Anlagenbau. Diese wollen wir
1264 unterstützen.

1265 Dazu werden wir das „Bündnis für Industrie.SH“ fortführen und weiterentwickeln. Wir
1266 wollen das Image der Industrie verbessern und mehr für diesen Wirtschaftsbereich
1267 werben. Die Energiewende bietet gute Chancen für mehr Wertschöpfung. Das Potenzial
1268 des hier gewonnenen Stroms wollen wir durch innovative Technologien voll
1269 ausschöpfen. Unsere herausgehobene Stellung bei der Energieproduktion muss auch in
1270 der Standortwerbung ein wiedererkennbares Markenzeichen werden.

1271 **Unsere Stärken stärken**

1272 Zu unseren wirtschaftlichen Stärken gehören die maritime Wirtschaft, die erneuerbaren
1273 Energien, die Ernährungswirtschaft, die Informationstechnologie, die
1274 Gesundheitswirtschaft und der Tourismus. Diese Branchen sind Grundlage unserer
1275 regionalen Innovationsstrategie mit der wir EU-Fördermittel bündeln. Um die Akteure
1276 besser miteinander zu vernetzen, fördern wir in jeder dieser Branchen ein landesweites
1277 „Cluster“.

1278 **Handwerk in Schleswig-Holstein**

1279 Das Handwerk in Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Arbeitgeber, Garant der dualen
1280 Ausbildung und starker Wirtschaftsfaktor. Gemeinsam mit den Kammern wollen wir der
1281 Branche bei der Ausrichtung auf die Zukunft helfen. Dazu werden wir die
1282 Handwerksbetriebe bei der Fachkräftesicherung und der Digitalisierung durch Beratung
1283 und Förderung unterstützen. Der Meisterbrief ist dabei ein wichtiger Qualitätsnachweis
1284 und muss erhalten bleiben.

1285 **Standortmarketing**

1286 Mit der Dachmarke „Der echte Norden“ hat Schleswig-Holstein zum ersten Mal in seiner
1287 Geschichte eine stringente Marketingstrategie geschaffen. Wir wollen die Sichtbarkeit
1288 unseres Bundeslandes weiter erhöhen und so Wirtschaft und Tourismus stärken. „Der
1289 echte Norden“ soll zum überregionalen Erkennungsmerkmal des Landes werden.

1290 **Innovation und Technologietransfer als Garant für 1291 Wettbewerbsfähigkeit**

1292 Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Hochschulstandort mit hochkarätiger Forschung.
1293 Gerade die außeruniversitäre Forschung ist ein wichtiger Standortfaktor. Den Austausch
1294 zwischen Wissenschaft und Wirtschaft haben wir verbessert. Dabei sind die Instrumente
1295 der Innovationsförderung aus EU-Mitteln und die Kofinanzierung des Landes von
1296 besonderer Bedeutung.

1297 Wir werden sie passgenau und orientiert am Bedarf der Unternehmen in Schleswig-
1298 Holstein weiterentwickeln. Wirtschaft und Wissenschaft werden wir noch enger
1299 zusammenbringen. Dafür haben wir ein Innovations- und Technologieforum gegründet.
1300 Das befördert den Wissenstransfer von den Hochschulen in die Wirtschaft. Außerdem
1301 wollen wir den beruflichen Übergang junger Akademikerinnen und Akademiker
1302 erleichtern und Weiterbildung fördern, damit Kreativität und Mut zu Neuem im
1303 Erwerbsleben erhalten bleiben.

1304 **Existenzgründer als Mittelstand von morgen**

1305 Gemeinsam mit Investitionsbank, mittelständischer Beteiligungsgesellschaft und
1306 Bürgschaftsbank haben wir Förderprogramme wie den Seed- und Start-up Fonds
1307 weiterentwickelt. Existenzgründerinnen und Existenzgründer sind der Mittelstand von
1308 morgen – auch im ländlichen Raum. Deshalb wollen wir sie auf verschiedenen Ebenen
1309 fördern: Von der Ausgründung aus den Hochschulen bis zur Unternehmensnachfolge im
1310 Handwerk.

1311 Individuelle Fördermöglichkeiten in der Vorgründungs- und Gründungsphase sind
1312 besonders wichtig, um Geschäftsideen für die Praxis reif zu machen. Diese stellen wir
1313 bereit. Dazu gehören Gründungsstipendien, Mikrokredite, Existenzgründungszuschüsse,
1314 die Unterstützung der bestehenden Technologiezentren sowie die Bereitstellung von
1315 privatem Wagniskapital. Wir werden gezielt Frauen als potenzielle Existenzgründerinnen
1316 motivieren. Durch Wettbewerbe und Unternehmensplanspiele mit Schulen und
1317 Hochschulen wollen wir frühzeitig für die berufliche Option einer Existenzgründung
1318 sensibilisieren. Auch Auszeichnungen und Preise von Kammern und
1319 Wirtschaftsverbänden für innovative Geschäftsideen und junge Start-Ups unterstützen
1320 wir.

1321 **Tourismus als nachhaltiger Wirtschaftsfaktor**

1322 Mit einem Bruttoumsatz von ca. 7,5 Mrd. Euro und fast 150.000 Arbeitsplätzen gehört
1323 der Tourismus in Schleswig-Holstein zu den wichtigsten Wirtschaftsfaktoren.
1324 Übernachtungs- und Gästezahlen wachsen. Das gilt insbesondere für die sogenannte
1325 Nebensaison. Schleswig-Holstein entwickelt sich zu einem ganzjährigen Reiseziel. Die
1326 SPD wird diese positive Entwicklung für einen nachhaltigen und qualitätsorientierten
1327 Tourismus nutzen. Dazu gehören alle Elemente der „guten Arbeit“, damit die Branche für
1328 Fachkräfte attraktiv bleibt.

1329 **Mehr Menschen für Schleswig-Holstein begeistern**

1330 Mit der Tourismusstrategie 2025 haben wir unsere Vorstellung zur Zukunft des
1331 Tourismus vorgelegt. Unter dem Motto „30 – 30 – 3“ haben wir ehrgeizige
1332 Wachstumsziele gesetzt: Wir wollen jährlich 30 Mio. Übernachtungen erreichen, den
1333 touristischen Bruttoumsatz um 30 Prozent steigern und unter die Top 3 der
1334 Bundesländer mit der höchsten Gästezufriedenheit kommen. Unsere wirtschaftliche
1335 Wachstumsstrategie greift touristische Trends wie Gesundheit, Familienurlaub, Kultur-

1336 und Städtereisen oder Erleben der Natur auf. Wir wollen, dass Schleswig-Holstein für
1337 Urlauber noch attraktiver wird. Dies gilt besonders für Gäste aus dem Ausland.

1338 Das zentrale Marketinginstrument bleibt die Tourismusagentur Schleswig-Holstein
1339 (TA.SH). Wir werden sie weiter stärken. Die Finanzierung werden wir auf einem hohen
1340 Niveau fortsetzen und an vergleichbare Länder anpassen. Auch der Jugendtourismus ist
1341 wichtig: Viele Menschen, die in ihrer Jugend nach Schleswig-Holstein gekommen sind,
1342 besuchen uns später immer wieder.

1343 **Zielgerichtet Tourismus fördern**

1344 Ein wesentlicher Baustein für die positive Entwicklung des Tourismus ist die
1345 zielgerichtete Förderung des Landes. Mit der Unterstützung der touristischen
1346 Infrastruktur, insbesondere der Kommunen, sowie einer gezielten Förderung von
1347 Modernisierung bzw. Neuerrichtung von Unterkünften hat die Landesregierung viele
1348 Investitionen angeregt. Diesen Weg gilt es konsequent weiter fortzusetzen, um das
1349 Investitionsniveau hochzuhalten. Eine attraktive touristische Infrastruktur ist notwendig,
1350 um die Gästezahlen zu steigern.

1351 **Vernetzung im Tourismus**

1352 Zur Vernetzung der Akteure und vor allem als Ideengeber unterstützt die
1353 Landesregierung das neue Tourismuscluster. Gemeinsam mit der Wirtschaft soll dieses
1354 Cluster finanziell abgesichert und langfristig etabliert werden, um die Tourismusstrategie
1355 voran zu treiben und wichtige Fachthemen zu bearbeiten. Dazu soll in Zukunft der
1356 barrierefreie Tourismus, der Fahrradtourismus, sowie das Thema Nachhaltigkeit
1357 gehören. Hinzu kommen Qualitätsoffensiven, vor allem bei kleinen und mittleren
1358 Unternehmen. Die Initiative „Servicequalität Deutschland“ wird in Verbindung mit der
1359 Fachhochschule Westküste weiterhin vom Land finanziell abgesichert.

1360 **Kommunale Ausgaben für Tourismus verlässlich finanzieren**

1361 Wir haben den Kommunen die Möglichkeit gegeben, eine kommunale Tourismusabgabe
1362 einzuführen. Damit können Aufgaben im Tourismus verlässlich finanziert werden. Wir
1363 sind dabei die Kurabgabe zu einer echten Gästekarte, z.B. durch kostenlose Nutzung
1364 von Bus und Bahn, weiterentwickeln. Das steigert die Akzeptanz.

1365 Die Struktur der touristischen Akteure in Schleswig-Holstein ist vielfältig. Wir wollen eine
1366 Bündelung der Interessen, um die Leistungsfähigkeit zu verbessern. Wir werden allen
1367 Städten und Gemeinden in Schleswig-Holstein ermöglichen, die kommunale
1368 Tourismusabgabe einzuführen. Langfristig soll der Zugang zu den Stränden in
1369 Schleswig-Holstein kostenfrei sein.

1370 **Bäderregelung verlängern**

1371 Die Bäderregelung der Landesregierung hat sich bewährt. Es ist ein guter Kompromiss
1372 zwischen den Interessen der Wirtschaft, den Kommunen und den Arbeitnehmern. Wir
1373 wollen an dem Modell festhalten. Deshalb werden wir diese Verordnung um weitere fünf
1374 Jahre verlängern.

1375 **Moderner Tourismus ist digital**

1376 Der digitale Wandel beeinflusst den Tourismus: Er eröffnet Chancen, um neue Gäste zu
1377 gewinnen. Wir wollen eine digitale Strategie für den Tourismus in Schleswig-Holstein
1378 entwickeln. Dazu bringen wir alle relevanten Akteure zusammen und beziehen
1379 insbesondere das Thema „shared economy“ ein. Damit ist beispielsweise die geteilte
1380 Nutzung von Autos oder Fahrrädern gemeint. Zudem werben wir in den touristischen
1381 Gebieten für eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet und kostenfreien
1382 WLAN-Netzen.

1383 **Digitalisierung**

1384 **Flächendeckend schnelles Internet**

1385 Ohne schnelles Internet geht heute nichts mehr. Schleswig-Holstein ist im Ausbau so
1386 weit wie kaum ein anderes Flächenland. Eine 70 prozentige Abdeckung über 50 Mbit/s
1387 sowie ein möglicher Glasfaserzugang für jeden vierten Haushalt in Schleswig-Holstein
1388 bedeutet einen bundesweiten Spitzenplatz. Wir wollen weiter investieren. Besonders der
1389 ländliche Raum ist auf eine verlässliche Breitbandversorgung angewiesen, um die
1390 digitale Teilhabe in ganz Schleswig-Holstein zu sichern.

1391 Deshalb unterstützen wir den Ausbau vor allem dort, wo er für Netzbetreiber nicht
1392 wirtschaftlich ist. Dafür setzen wir auf ein intelligentes Zusammenspiel von Bundes-,
1393 Landes- und EU-Förderinstrumenten. Mit unserer Breitbandstrategie wollen wir bis 2030
1394 Glasfaser in alle Haushalte und Betriebe bringen. Unser zweites Ziel ist flächendeckend
1395 kostenfreies WLAN für alle Menschen in Schleswig-Holstein. Als Land gehen wir bei
1396 öffentlichen Verkehrsmitteln und Landeseinrichtungen voran.

1397 **Digitale Welt gestalten**

1398 Wir wollen den fortschreitenden Wandel der Digitalisierung konkret mitgestalten, indem
1399 wir eine breite zivilgesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftlich fundierte Diskussion
1400 initiieren und durchführen. Im Kern wollen wir die Chancen, die im Prozess der
1401 Digitalisierung des Lebens – im friedlichen, demokratischen und würdevollen Miteinander
1402 – liegen, eröffnen und nutzbar machen.

1403 **Digitale Verwaltung voranbringen**

1404 Wir haben eine E-Government-Strategie für eine bürgerfreundliche Verwaltung auf den
1405 Weg gebracht. Die Menschen erwarten zu Recht, dass sie ihre Kommunikation mit
1406 öffentlichen Stellen in Zukunft auch komplett digital erledigen können. Daher wollen wir
1407 die Digitalisierung der Verwaltung weiter vorantreiben. Künftig werden wir mehr
1408 Verwaltungsangebote online anbieten und die digitale Bürgerbeteiligung ausbauen.

1409 **Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeit gestalten**

1410 Durch die zunehmende Digitalisierung verändern sich Arbeitsprozesse. Wir verstehen
1411 diesen Strukturwandel als Chance für Schleswig-Holstein. Breitband macht Arbeit immer

1412 ortsungebundener. Deshalb werden wir flexiblere Arbeitszeitmodelle fördern, die mehr
1413 Chancen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten. Insbesondere die kleinen
1414 und mittleren Unternehmen werden wir durch Beratung auf dem Weg der Digitalisierung
1415 unterstützen.

1416 **Mobilität**

1417 Die Vernetzung und Verknüpfung der verschiedenen Mobilitätsarten ist der Schlüssel für
1418 den Verkehr der Zukunft. Moderne Mobilität sichert Teilhabe.

1419 **Energiewende und Verkehr gemeinsam denken**

1420 Schleswig-Holstein ist das Land der erneuerbaren Energie. Wir haben eine
1421 Spitzenposition bei der Produktion von sauberem Strom. Das wollen wir verstärkt für
1422 Elektromobilität nutzen. Damit erreichen wir dreierlei: Wir schonen die Umwelt, die
1423 Wertschöpfung bleibt im Land und wir treiben neue Technologien voran. Bei
1424 Ausschreibungen im öffentlichen Nahverkehr wie auch bei der Anschaffung von Bahnen
1425 und Bussen werden wir den Einsatz von neuen Antriebsformen vorantreiben.

1426 **Innovation auf der Schiene**

1427 Insbesondere bei der Entwicklung des Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein setzen
1428 wir auf Innovation. Derzeit sind in unserem Land nur rund ein Drittel der Schienenwege
1429 elektrifiziert. Der Bau von Oberleitungen ist aufwändig und sehr teuer. Hier besteht die
1430 Chance, mit neuen Technologien in den Bereichen Antrieb und Speicher die Entwicklung
1431 so voranzutreiben, dass die Elektrifizierung von Strecken entfallen kann. Wir wollen
1432 Energiewende und Schienenverkehr miteinander verknüpfen. Dafür werden wir gezielt
1433 Mittel bereitstellen und die Exzellenz unserer Hochschulen nutzen.

1434 **Ausbau des Schienenverkehrs**

1435 Wir sind das Transitland in der Bundesrepublik und eines der wichtigsten Urlaubsländer.
1436 Deshalb ist für Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung, dass der
1437 Schienenfernverkehr nicht nur erhalten, sondern ausgebaut wird.

1438 Unsere Städte und unsere Häfen müssen auch künftig gut angebunden sein. Dabei
1439 wollen wir auch einen vernünftigen Ausgleich zwischen touristischem und
1440 Pendlerverkehr erreichen. Auch weil die Straßen an Kapazitätsgrenzen gelangen,
1441 müssen wir dafür sorgen, dass Güter auf die Schiene oder Wasserwege verlagert
1442 werden. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf den Ausbau der Verknüpfungen
1443 zwischen Wasser und Schiene sowie zwischen Straße und Schiene.

1444 Mit dem Ausbau der Fehmarnbeltquerung erwarten wir, dass auch die Region
1445 Ostholstein und die Insel Fehmarn überregional erreichbar sein werden. Dies darf
1446 allerdings nicht zu Lasten der Menschen in der Region gehen. Deshalb steht die SPD zu
1447 ihrem Wort: Wir werden uns für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen einsetzen. Die
1448 Kommunen wollen wir von den Kosten der Eisenbahnkreuzungen möglichst frei halten.

1449 Die Sundbrücke soll in der Verantwortung des Bundes belassen und als Wahrzeichen
1450 des Landes erhalten werden.

1451 **Weiterentwicklung des Schienenpersonenverkehrs**

1452 Im Schienenpersonennahverkehr wollen wir einzelne Strecken gezielt entwickeln. Die
1453 Bahnanbindung von Schönberg werden wir zügig verwirklichen. Hohe Priorität hat für
1454 uns auch die Anbindung der Stadt Geesthacht an das Schienennetz.

1455 Im Hamburg-nahen Raum werden wir die Projekte S4 und S21 weiterverfolgen. Darüber
1456 hinaus werden wir die Bahnverbindung zwischen Wrist und Kellinghusen reaktiveren.
1457 Immer gilt: der Nahverkehrsnutzen muss erkennbar sein, die Kommunen müssen die
1458 Projekte mittragen und der volkswirtschaftliche Nutzen muss nachweisbar sein.

1459 **AKN weiterentwickeln**

1460 Wir werden das den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg gehörende Unternehmen
1461 AKN weiterentwickeln und als Anbieter von Verkehrsdienstleistungen stärken. So
1462 erhalten wir die Handlungsfähigkeit des Landes und können insbesondere bei
1463 Innovationen im Schienenverkehr die Vorteile eines staatlichen Unternehmens nutzen.

1464 **Busverkehr stärken**

1465 Der Busverkehr ist für Mobilität in Schleswig-Holstein von entscheidender Bedeutung.
1466 Schwerpunkte in der kommenden Legislaturperiode sind die Barrierefreiheit von
1467 Fahrzeugen und Haltestellen sowie die Entwicklung neuer Fernbusverbindungen. Das
1468 soll dort geschehen, wo es entsprechende Schienenverbindungen nicht oder nicht mehr
1469 gibt. Als Ergänzung der Netze unterstützen wir die Einführung von Bürgerbussen.

1470 **Verkehr im ländlichen Raum**

1471 Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem öffentlichen Verkehr im ländlichen
1472 Raum. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung und die Verknüpfung verschiedener
1473 Mobilitätsformen nutzen, um einen bezahlbaren und nutzerfreundlichen Nahverkehr zu
1474 gestalten. Wir werden Modelle unterstützen, um moderne Steuerung via Smartphone
1475 und Software mit Taxidiensten so zu verbinden, dass Menschen komfortabel öffentlich
1476 reisen können – und dabei die Standards guter Arbeit bei den Beschäftigten erfüllt sind.

1477 **Nordtarif**

1478 Den eingeschlagenen Weg zu einem einheitlichen Tarifverbund in Norddeutschland
1479 werden wir fortsetzen. Wir wollen einen für ganz Schleswig-Holstein verständlichen und
1480 transparenten Tarif, der sich in einem Norddeutschen Tarifverbund einfügt.

1481 **Gute Arbeit im Verkehrsbereich**

1482 Mehr technischer Fortschritt und mehr Wettbewerb auf der Straße oder der Schiene darf
1483 nicht dazu führen, dass es weniger Sicherheit und schlechtere Arbeitsbedingungen gibt.
1484 Wir setzen uns dafür ein, dass es in diesen Bereichen ein Wettbewerb um die klügsten

1485 Ideen und nicht um die schlechteste Bezahlung und die miesesten Arbeitsbedingungen
1486 gibt.

1487 **Landesstraßen und kommunale Straßen sanieren**

1488 Wir haben die Mittel für die Sanierung von Landesstraßen verdreifacht. Mit dem
1489 Programm Impuls 2030 haben wir die Investitionen in diesem Bereich langfristig
1490 gesichert. Damit kann das Straßennetz in Schleswig-Holstein wieder in guten Zustand
1491 gebracht werden. Für uns gilt dabei: Erhalt geht vor Neubau. Bis 2030 werden wir alle
1492 Landesstraßen saniert haben. Außerdem unterstützen wir die Kommunen bei der
1493 Verbesserung ihrer Straßen.

1494 **Große Verkehrsprojekte zügig umsetzen**

1495 Wir haben es geschafft, alle für Schleswig-Holstein wichtigen Projekte im
1496 Bundesverkehrswegeplan 2030 zu verankern. Für deren Planung gilt: Gründlichkeit vor
1497 Schnelligkeit. Für die Realisierung und Sanierung von Straßen brauchen wir eine starke,
1498 staatliche Infrastrukturverwaltung im Land. Daher werden wir die Arbeit des
1499 Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr personell besser ausstatten und die
1500 Planungsabläufe weiter optimieren. Vom Bund fordern wir eine stärkere finanzielle
1501 Beteiligung an den Planungskosten für Straßen in Baulast des Bundes.

1502 Verbunden mit einer kraftvolleren personellen Ausstattung des Landesbetriebes für
1503 Straßenbau und Verkehr werden wir die wichtigen Fernverkehrsprojekte vorantreiben.
1504 Hierzu zählen beispielsweise die Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung, die
1505 Autobahn A 20, der Ausbau der Bundesstraße B5 an der Westküste und der weitere
1506 Ausbau der A 21 sowie ein Ersatz der Rader Hochbrücke.

1507 **Fahrradwege modernisieren**

1508 Wir sind bei der Sanierung und dem Neubau von Radwegen gut vorangekommen.
1509 Grundlage dafür ist das landesweite Radverkehrsnetz, das die Prioritäten beim
1510 Radverkehr definiert. E-Bikes verändern die Anforderungen an Radwege. In den Städten
1511 gewinnen Velorouten an Bedeutung. In Tourismusregionen sind Ladesysteme immer
1512 bedeutender. An den Umsteigeorten müssen wir neue „Bike and ride“ Stationen
1513 anbieten. Damit können die Räder nicht nur geschützt, sondern auch aufgeladen
1514 werden. Wir wollen unsere Radwege für diese neuen Herausforderungen fit machen.

1515 Zusammen mit den Verbänden im Radverkehr werden wir Modelle entwickeln, um die
1516 Infrastruktur auszubauen. Dabei sehen wir auch Shared Space Modelle als sinnvolle
1517 Möglichkeit zur stadtplanerischen Entwicklung von öffentlichen Räumen. Darin bewegen
1518 sich Fußgänger, Fahrrad und PKW gemeinsam in einem Verkehrsraum.

1519 **Wasserstraßen und Häfen**

1520 Als Landesregierung ist uns gelungen, dass die Finanzierung des Nord-Ostsee-Kanals
1521 sowie auch der Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals im Bundesverkehrswegeplan 2030
1522 gesichert sind. Wir haben die Infrastruktur in unseren Häfen massiv unterstützt.

1523 Unser Land lebt von einer funktionierenden Wasserstraßeninfrastruktur und von
1524 lebendigen Häfen. Deshalb wollen wir eine regional erreichbare und leistungsfähige
1525 Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung. Ein funktionsfähiger Nord-Ostsee-Kanal ist
1526 Voraussetzung für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Wichtig ist auch eine Stärkung des
1527 Binnenschiffs, um mehr Güter von der Straße auf das Wasser zu bekommen. Daher ist
1528 der Elbe-Lübeck-Kanal von besonderer Bedeutung. Wir setzen verstärkt auf die
1529 Entwicklung und den Einsatz nachhaltiger Antriebstechnologien. Wir werden eine aktive
1530 Hafenpolitik mit dem Ausbau entsprechender Hinterlandanbindungen für Seehäfen
1531 umsetzen.

1532 **Umwelt – Lebensgrundlage und Kulturerbe**

1533 **Vielfalt der Lebensräume erhalten**

1534 Wir haben ein neues Naturschutzgesetz auf den Weg gebracht. Damit schützen wir die
1535 hohe Qualität von Boden, Luft und Wasser und bewahren eine intakte Umwelt mit
1536 ausgeprägter Biodiversität sowie die Funktionsfähigkeit unseres Naturhaushalts. Das ist
1537 für uns sowohl Standortvorteil als auch Lebensgrundlage und Kulturerbe. Wir wollen die
1538 Vielfalt der Lebensräume und Arten langfristig bewahren. Der zunehmende
1539 Artenschwund, die Belastung der Grundwässer und die die steigende
1540 Flächeninanspruchnahme sehen wir dafür als Bedrohung.

1541 Wir werden den Flächenverbrauch reduzieren. Auch in den Innenstädten wollen wir eine
1542 sparsame Flächennutzung. Fuß- und Radverkehr brauchen mehr Platz. Nicht mehr
1543 benötigte Nutzflächen sollen neu entwickelt werden. Durch die bessere Einhaltung von
1544 Luftqualitätsvorschriften soll die Luft im Freien und in Gebäuden sowie der Lärmschutz
1545 verbessert werden.

1546 **Naturschutz**

1547 Wir haben den Schutz der einzigartigen Knicklandschaft in Schleswig-Holstein
1548 wirkungsvoll verbessert. Zudem haben wir Mittel bereitgestellt, um die wertvollen
1549 Naturbereiche in Schleswig-Holstein flächendeckend zu erfassen und zu schützen.
1550 Diese Biotopkartierung ist auch eine wichtige Grundlage für die Landesplanung.
1551 Naturschutz begreifen wir als sozialdemokratische, gemeinwohlorientierte Aufgabe in
1552 gesellschaftlicher und somit auch staatlicher Verantwortung. Natur spendet
1553 Lebensqualität. Dafür steht Schleswig-Holstein.

1554 Wir wollen den Wald für zukünftige Generationen bewahren. Deshalb setzen wir uns für
1555 eine naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung ein. Die EU-Rahmensetzung Natura
1556 2000 zum Schutz von Arten und Lebensräumen hat sich bewährt. Sie muss erhalten
1557 bleiben. Außerdem werden wir das Biotopverbundsystem weiterentwickeln. Durch
1558 Modellprojekte sollen der Erhalt der Natur und die Schaffung von
1559 Naturerfahrungsräumen gefördert werden.

1560

1561 **Trinkwasser ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge**

1562 Trinkwasser und Abwasser sollen als Teil der Daseinsvorsorge in öffentlicher
1563 Trägerschaft bleiben. Allen Versuchen der Privatisierung stellen wir uns entgegen. Die
1564 hohe Qualität unseres Trinkwassers werden wir schützen.

1565 **Schutz der Moore**

1566 Wir haben ein Moorschutz- und Auenerhaltungsprogramm auf den Weg gebracht. Die
1567 Moore sind Lebensraum für seltene Pflanzen und Tiere. Sie speichern Co2 und haben
1568 eine regulierende Funktion bei extremen Wetterereignissen. Wir setzen uns auch künftig
1569 für den Erhalt, Schutz und die Regeneration der Moore ein. Zudem wollen wir ihre
1570 einzigartige Lebewelt erfahrbar machen.

1571 **Nachhaltige Kreislaufwirtschaft**

1572 In der Landesregierung sind wir beim Thema Recycling vorangegangen. Unser Ziel ist
1573 eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Diese setzt auf Rohstoffkreisläufe und
1574 Abfallvermeidung statt Verwertung. Zudem sollen Meeresabfällen durch den Ausbau und
1575 die Intensivierung der Landentsorgung von Schiffen reduziert werden.

1576 **Schutz der Meere und des Fischbestands**

1577 In der laufenden Legislaturperiode haben wir die Grundlage für einen sachlichen Dialog
1578 zwischen Fischerei, Umwelt- und Naturschutz geschaffen. Unser Ziel bleibt der Erhalt
1579 der regionalen handwerklichen Fischerei. Voraussetzung dafür sind überlebensfähige
1580 Fischbestände. Wie wir die Nachhaltigkeit der Fischerei verbessern, werden wir im
1581 Dialog mit Fischerei, Naturschutz und Wissenschaft klären. Wir wollen zudem die Nähr-
1582 und Schadstoffe in den Meeren reduzieren.

1583 **Politik für nachhaltige Entwicklung**

1584 Eine nachhaltige Umweltpolitik braucht auch Bildung. Deshalb entwickeln wir das
1585 Freiwillige Ökologische Jahr als einen Baustein neben vielen weiteren
1586 Bildungsmaßnahmen fort. Das Umwelt-Monitoring und Human-Biomonitoring wird
1587 fortgesetzt, auch mit Blick auf Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln. Ökologische
1588 Anforderungen müssen auch zur Bedingung von umweltrelevanten Förderungen werden.
1589 Immer mehr Chemikalien erfordern effektive Umweltschutz- und Gesundheitsvorsorge
1590 sowie Produktkontrolle.

1591 **Bekämpfung des Klimawandels**

1592 Bei den Treibhausgasemissionen pro Kopf liegen wir schon jetzt klar unter dem
1593 Bundesschnitt. Wir setzen weiter auf die Energiewende zur Eingrenzung des
1594 Klimawandels. Unser Land zwischen den Meeren wollen wir auf künftige
1595 Klimaveränderungen vorbereiten. Steigenden Unwetter- und Hochwassergefahren sowie
1596 einem steigenden Meeresspiegel begegnen wir auch durch planerische Vorsorge und
1597 rechtzeitige Anpassungsmaßnahmen.

1598

Energiewende weiter vorantreiben

1599 Schleswig-Holstein produziert jährlich über 100 Prozent seines rechnerischen
1600 Strombedarfs aus erneuerbaren Energie. Bundesweit leisten wir als Vorreiter einen
1601 wichtigen Beitrag zur Energiewende und schaffen gleichzeitig die Grundlagen für die
1602 Wärme- und Verkehrswende. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, das atomar-
1603 fossile Energiezeitalter schnell zu beenden. Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz
1604 verlangen von uns auch einen Ausstieg aus der Kohleenergienutzung.

1605 Die Atomkraftwerke sollen so schnell wie möglich zurückgebaut werden. Durch eine
1606 Bundesratsinitiative setzen wir uns für die Abschaffung des sichereren Einschlusses der
1607 Reaktoren als Stilllegungsoption ein. Ziel für die SPD ist und bleibt: Energie muss für alle
1608 Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar sein. Zudem sind Energiekosten ein
1609 Standortfaktor für Wachstum und Beschäftigung. Bezahlbare Energie ist
1610 Grundbedingung für gesellschaftliche Entwicklung und Teilhabegerechtigkeit. Die
1611 Energiewende ist somit ein sozialdemokratischer Auftrag.

1612 Die Erneuerbaren Energien garantieren eine langfristige, bezahlbare, verfügbare und
1613 klimaverträgliche Energieversorgung. Beim Ausbau ist die Beteiligung der Menschen vor
1614 Ort entscheidend. Wir unterstützen örtliche und kommunale Beteiligungsmöglichkeiten.
1615 Das gilt insbesondere für genossenschaftlich organisierte Finanzierungsmodelle. In
1616 Verknüpfung mit nachhaltiger Landwirtschaft gelingt uns Ressourcen- und Klimaschutz,
1617 verbunden mit Einsparung und Effizienz. Schleswig-Holstein ist vorbildlich im
1618 Netzausbau und schafft dadurch langfristig Standortvorteile.

1619 CCS und Fracking lehnen wir ab. Sie sind mit Blick auf unsere Umweltschutzgüter,
1620 insbesondere den Wasserhaushalt, nicht verantwortbar und widersprechen unseren
1621 Energiewendezielen in Gestalt einer Abkehr vom Verbrauch fossiler Ressourcen.

Die Energiewende braucht moderne Speicher und gute Netze

1622 Im Bereich der regenerativen Energie ist Schleswig-Holstein ein wichtiger Ort für den
1623 Austausch zwischen Forschung, Lehre und Praxis. Die Energiewende ist eine große
1624 Chance für den ländlichen Raum. Sie schafft mehrere tausend Arbeitsplätze. Mit NEW
1625 4.0 (Norddeutsche Energiewende 4.0) wurde eine Plattform für die Energiewende-
1626 Themen im Norden geschaffen. Gemeinsam übernehmen wir wichtige Schritte zur
1627 sektorenübergreifenden Umstellung unserer Energieversorgung auf erneuerbare
1628 Energien. Einbezogen wird dabei auch der Verkehrs- und Wärmesektor.

1630 Wir setzen uns für den verstärkten Einsatz von Speichertechnologien ein. Dazu gehören
1631 Wasserstoff, Methanisierung, Kraft-Wärme-Kopplung und die regionale Netzinfrastruktur.
1632 Wichtig ist dabei die Beteiligung von Städten und Kommunen. Erdverkabelung hat für
1633 uns Vorrang. Wir werden eine Landesnetzagentur schaffen (ggf. im Rahmen einer
1634 norddeutschen Lösung). Denn dezentrale Energiegewinnung und -versorgung verlangt
1635 nach dezentralem Netzmanagement.

1636 **Neue Energie auch in der maritimen Wirtschaft**

1637 Maritime Wirtschaft und Erneuerbare Energien können in Schleswig-Holstein
1638 voneinander profitieren. Die damit verbundenen Potenziale wollen wir nutzen. Die in
1639 Häfen liegenden Schiffe sollen künftig mit Landstrom versorgt werden. Außerdem
1640 fördern wir alternative Antriebstechnologien – auf See wie an Land. Dabei ist besonders
1641 LNG (Flüssiggas) am Standort Brunsbüttel wichtig. Wir wollen dort einen nationalen
1642 LNG-Terminal errichten.

1643 **Ausgewogener Ausbau der Windkraft**

1644 Der Erfolg der Energiewende ist auf den Gleichklang von energiepolitischen Zielen und
1645 der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern angewiesen. Eine ausgewogene
1646 Ausweisung von Eignungsflächen für Windenergienutzung und der Dialog mit den
1647 Menschen vor Ort sind uns deshalb besonders wichtig. Wir werden darauf achten, dass
1648 unsere attraktiven norddeutschen Landschaften erhalten bleiben und den Artenschutz
1649 gewährleistet. Zugleich ist klar, dass auch die Nutzung Erneuerbarer Energien nicht
1650 ohne Eingriffe in unsere Natur und Veränderung im Landschaftsbild möglich ist. Diese
1651 sind aber deutlich geringer als bei atomarer sowie fossiler Energiegewinnung und stehen
1652 für nachhaltige Energieversorgung.

1653 **Landwirtschaft**

1654 **Nachhaltige Landwirtschaft**

1655 Mit unserer Förderpolitik haben wir die nachhaltige Landwirtschaft gestärkt. Die
1656 Förderung des ökologischen Landbaus haben wir deutlich erweitert. Mit der
1657 Netzwerkstelle für ökologischen Landbau ist Schleswig-Holstein auf dem richtigen Weg.
1658 Das Dauergrünlanderhaltungsgesetz, das Programm zum Schutz der Moore und der
1659 Vertragsnaturschutz sind weitere wichtige Bausteine für eine nachhaltige Landwirtschaft.

1660 Wir wollen eine in die ländlichen Räume eingebundene, nachhaltige und
1661 ressourcenschonende Landwirtschaft. Sie soll artgerechte Tierhaltung, Maßnahmen zum
1662 Klima- und Gewässerschutz ebenso fördern wie den Ökolandbau und die Anwendung
1663 von modernen Produktionsverfahren, die dem Erhalt einer artenreichen Kulturlandschaft
1664 dienen. Die Agrarförderung werden wir konsequent am Prinzip „öffentliches Geld für
1665 öffentliche Güter“ ausrichten.

1666 Wir setzen auf Aus-, Fort- und Weiterbildung. Die Agrarsoziologie soll in Forschung und
1667 Lehre etabliert werden. Das Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume
1668 wollen wir stärken. Die künstliche Einführung von fremden Gen-Sequenzen sowie die
1669 Manipulation des vorhandenen Genoms zur Steigerung landwirtschaftlicher Erträge
1670 lehnen wir wegen der Risiken für den Naturhaushalt und den in Deutschland nicht
1671 erkennbaren gesellschaftlichen Mehrwert ab.

1672

1673 **Moderne bäuerliche Landwirtschaft braucht faire Preise**

1674 Unsere Landwirtschaft wird bis heute von bäuerlichen Familienbetrieben geprägt. Sie
1675 können nur bestehen, wenn Handel und Verbraucher faire Preise zahlen.

1676 Alle Verbraucherinnen und Verbraucher sollen Zugang zu gesunden und nachhaltig
1677 produzierten Lebensmitteln haben. Der Wert von Lebensmitteln wird in unserer
1678 Gesellschaft oftmals nicht ausreichend geachtet. Hier werden wir für
1679 Verbraucheraufklärung und Bildung sorgen. Gleichzeitig müssen Landwirte von ihrer
1680 Arbeit leben können. Überproduktion und der damit verbundene Preisverfall behindern
1681 eine Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit.

1682 Viele landwirtschaftliche Betriebe wollen sich breiter aufzustellen. Den Start in neue
1683 Geschäftsfelder werden wir fördern. Wir werden kreislauforientierte Prozesse und
1684 Produkte besonders fördern. Ziel sind geringere Mengen, hohe Qualität und faire
1685 Preisen. Das schließt den Export hochwertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse ein.
1686 Unser Ziel ist, einen Beitrag zu weltweit nachhaltiger Landwirtschaft zu leisten.

1687 **Biodiversität erhalten – Nährstoffüberschüsse begrenzen**

1688 Mit der Allianz für Gewässerschutz haben wir eine wichtige Vereinbarung zur
1689 Verminderung von Nährstoffeinträgen in Gewässern begründet. Wir wollen
1690 Nährstoffeintrag und Belastung durch Pflanzenschutzmittel weiter reduzieren. Mit
1691 eindeutigen und verlässlichen Regeln wollen wir Leitplanken für die Nachhaltigkeit
1692 setzen.

1693 Dafür werden wir flächengebundene Tierhaltung, Hoftorbilanz, Pufferstreifen an
1694 Gewässern sowie Sperrfristen für die Ausbringung von Dünger voranbringen. Der
1695 Einsatz von Pflanzenschutzmitteln muss minimiert werden. Glyphosat wollen wir
1696 grundsätzlich verbieten. Und die Neuregelung der Zulassungsverfahren von
1697 Pflanzenschutzmitteln auf den Weg bringen. Vertragsnaturschutz und angepasste
1698 Produktionsweisen werden wir fördern.

1699 **Tierwohl schützen**

1700 Wir haben einen runden Tisch Tierwohl eingerichtet. Gemeinsam werden praktische
1701 Lösungen für eine am Tierwohl orientierte Landwirtschaft entwickelt.

1702 Zudem werden wir einen Tierschutzplan für Schleswig-Holstein aufstellen. Dieser wird
1703 von unabhängigen Veterinären auf wissenschaftlicher Basis begleitet wird. Die
1704 heimische Futterproduktion wollen wir mit einer Eiweißstrategie unterstützen. Diese hat
1705 das Ziel, gentechnisch veränderte Futtermittel aus Übersee zu vermeiden. Das Grünland
1706 soll erhalten werden, indem wir die Weidewirtschaft fördern und ein
1707 Weidemilchprogramm auflegen.

1708 **Kommunales**

1709 **Für leistungsstarke Kommunen**

1710 Die Kommunen sind die Herzkammern unserer Demokratie. Viele Menschen engagieren
1711 sich in ihnen ehrenamtlich für unser Zusammenleben. Zentrale Bedeutung haben die
1712 Kommunen bei der Versorgung der Menschen im Land. Wir beziehen unser
1713 kommunales Selbstverständnis nicht aus einer Abgrenzung zu den jeweils anderen
1714 Kommunen oder zu anderen politischen Ebenen.

1715 Wir haben die Mittel zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben deutlich erhöht: 80 Mio. für
1716 den Ausbau der Krippenplätze, 17,6 Mio. für die Schulsozialarbeit, 11,5 Mio. für die
1717 Infrastruktur, 4 Mio. für zusätzliche Kitaplätze für Flüchtlingskinder sowie 20 Mio. Euro
1718 allgemeine Finanzmittel aus der Grunderwerbsteuer. Zudem müssen die Kommunen nur
1719 10% der Betreuungskosten der Asylbewerber bezahlen, 90% zahlt das Land.

1720 Wir wollen auch weiterhin die Kommunen bei der Erledigung ihrer Aufgaben
1721 unterstützen. Wir werden dafür die aufgabenbezogenen Zuschüsse, vor allem bei der
1722 Kinderbetreuung, beim ÖPNV und bei der Unterstützung von Schulsozialarbeit weiter
1723 erhöhen.

1724 **Zentrale Orte stärken**

1725 Die zentralen Orte sind das Rückgrat unserer kommunalen Familie. In ihnen wohnen
1726 nicht nur fast 70% unserer Bevölkerung, sie versorgen auch ihr Umland mit wichtigen
1727 öffentlichen Gütern wie Bildung und Kultur. Ohne die zentralen Orte wäre der ländliche
1728 Raum nicht zukunftsfähig.

1729 Mit der Reform des kommunalen Finanzausgleichs haben wir alle zentralen Orte
1730 finanziell deutlich gestärkt, damit sie ihre überörtlichen Aufgaben besser erledigen
1731 können. Wir werden das System der zentralen Orte reformieren und an die geänderten
1732 Rahmenbedingungen und Aufgaben anpassen.

1733 **Auch Kommunen brauchen stabile Mehrheiten**

1734 Der Wegfall der 5%-Hürde und das von schwarz-gelb eingeführte
1735 Sitzzuteilungsverfahren haben gerade in den größeren Kommunen zu instabilen
1736 Mehrheitsverhältnissen und wechselnden Minifraktionen geführt. Wir werden
1737 verfassungskonforme Maßnahmen ergreifen, um die Ratsversammlungen der größeren
1738 Städte und die Kreistage wieder zur alten Stabilität zurückzuführen.

1739 **Überschuldete Kommunen entlasten**

1740 Einige Städte und Gemeinden sind überschuldet und können sich aus eigener Kraft nicht
1741 mehr aus der Schuldenfalle befreien. Mit der Reform des kommunalen
1742 Konsolidierungsgesetzes haben wir vielen Kommunen auf den richtigen Weg geholfen,
1743 ohne dabei die kommunale Selbstverwaltung zu ersticken. Doch das wird nicht
1744 ausreichen, deshalb setzen wir uns für eine faire Altschuldenregelung ein.

1745 **Vielfalt und Anerkennung – So gelingt** 1746 **Integration**

1747 Schleswig-Holstein steht nach der erfolgreichen Erstaufnahme und Unterbringung von
1748 Geflüchteten nun vor der Aufgabe, die Menschen nachhaltig zu integrieren. Das ist für
1749 unser Land keine neue Herausforderung. In der Vergangenheit ist es uns immer wieder
1750 gelungen, viele Menschen in unsere Gesellschaft und unseren Arbeitsmarkt zu
1751 integrieren. Das hat uns stärker gemacht. Auch deshalb ist Schleswig-Holstein weltoffen
1752 und tolerant. Mit unserer humanen Flüchtlingspolitik setzen wir seit über 20 Jahren
1753 Maßstäbe für die ganze Bundesrepublik und darüber hinaus. Daher werden die
1754 Vereinbarungen des Flüchtlingspakts auch in der nächsten Legislaturperiode fortgeführt.

1755 **Integration vor Ort stärken**

1756 Bei unserer Flüchtlingspolitik berücksichtigen wir insbesondere die Kommunen. Deshalb
1757 haben wir 20 Mio. Euro für das Programm zur Wohnraumförderung für Flüchtlinge
1758 bereitgestellt. Wir bekennen uns nach wie vor dazu, dass Integration am besten in
1759 dezentraler Unterbringung gelingt. Damit sollen bei der Integration hinderliche
1760 Einrichtungen mit vielen Geflüchteten an einem Ort verhindert werden. Zum Gelingen
1761 der Integration vor Ort stellen wir für jeden Geflüchteten 2000 Euro zur Verfügung. Damit
1762 wollen wir besonders das ehrenamtliche Engagement fördern.

1763 All diese Maßnahmen sollen zur Integration der Geflüchteten beitragen. Für die
1764 Aufnahme und Integration von Zugewanderten ist ein koordiniertes Vorgehen auf allen
1765 politischen Ebenen notwendig. Wir wollen deshalb bereits vorhandenen Strukturen
1766 nutzen und symbolische Doppelstrukturen vermeiden.

1767 Kommunen müssen Maßnahmen und Konzepte in den Bereichen Sprache, Bildung,
1768 Kultur, Jugend und Arbeitsmarkt entwickeln und umsetzen. Es gibt bereits eine Fülle
1769 lokal unterschiedlicher Maßnahmen, Projekte und Aktionen. Um den zielgenauen und
1770 flächendeckenden Einsatz der Mittel zu ermöglichen, muss die Landesregierung in enger
1771 Zusammenarbeit mit den Kommunen die Steuerung von der Aufnahmen hin zu einem
1772 Integrationsmanagement übernehmen. So wird aus dem Flüchtlingspakt ein
1773 Integrationspakt!

1774 Wir werden die bereits vorhandenen Koordinierungsstellen zu Stellen für
1775 Integrationsbeauftragte weiterentwickeln. So wird gesellschaftliche Integration durch das
1776 Haupt- und das Ehrenamt weiter gestärkt. Insbesondere Ehrenamtliche sind der
1777 Erfolgsgarant für die gesellschaftliche Integration.

1778 **Sprache fördern**

1779 Der Schlüssel zu erfolgreicher Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Weil
1780 wir erwarten, dass unsere Sprache gelernt wird, brauchen wir ausreichende und
1781 zielgruppengerechte Angebote für Zugewanderte in SH, unabhängig von ihrer
1782 individuellen Bleibeperspektive. Wir werden deshalb auch weiterhin hierfür
1783 auskömmliche Mittel zur Verfügung stellen. Insbesondere achten wir darauf, dass auch

1784 Frauen Deutsch lernen und an Sprachförderung teilnehmen. Sie haben innerhalb der
1785 Familien eine besondere Vorbildfunktion und spielen eine besondere Rolle in der
1786 Erziehung.

1787 **Teilhabe ermöglichen**

1788 Integration bedeutet Möglichkeiten der Teilhabe zu schaffen, dafür haben wir die
1789 Migrationssozialberatungsstellen weiter gestärkt. Außerdem werden wir die
1790 Migrantenselbstorganisation sowie die türkische Gemeinde und den Flüchtlingsrat weiter
1791 strukturell/institutionell finanzieren. Wir begreifen Integration und Diversität als
1792 Querschnittsaufgabe. Daher werden wir eine Diversitätsschnittstelle in der
1793 Landesregierung schaffen, um die interkulturelle Öffnung im öffentlichen Dienst
1794 voranzutreiben.

1795 **Der öffentliche Dienst soll bunter werden**

1796 Im öffentlichen Dienst sind Menschen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert. Wir
1797 wollen den Anteil auf über 10% steigern. Damit sorgen wir nicht nur für
1798 Chancengleichheit, sondern schaffen auch eine moderne, vielfältige und vielsprachige
1799 Verwaltung. Somit wird auch die reale Gesellschaft in der Verwaltung abgebildet.

1800 **Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen**

1801 Mit unserer humanen Flüchtlingspolitik setzen wir seit über 20 Jahren Maßstäbe für die
1802 ganze Bundesrepublik und darüber hinaus. Die Integration gelingt uns Schritt für Schritt.
1803 Gleichzeitig wollen wir die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen.

1804 Deshalb unterstützen wir die regionalen entwicklungspolitischen Initiativen und
1805 Bündnisse in Schleswig-Holstein. Um Fluchtursachen bereits in den Herkunftsländern zu
1806 reduzieren, werden wir in einer Partnerregion die Entwicklungszusammenarbeit mit
1807 Projekten fördern.

1808 **Handlungsfähiger Staat und Demokratie**

1809 **Finanzpolitik mit Augenmaß**

1810 Seit 40 Jahren sind wir die erste Regierung in Schleswig-Holstein, die einen
1811 ausgeglichenen Haushalt erreicht hat. In den Jahren 2013 und 2015 haben wir
1812 Haushaltsüberschüsse erzielt und damit Schulden abgebaut und in die Sanierung der
1813 Infrastruktur investiert. Und das obwohl wir viel Geld in die Zukunft und den sozialen
1814 Zusammenhalt investiert haben.

1815 Wir wollen den Konsolidierungskurs fortsetzen. Ab 2018 werden wir ausgeglichene
1816 Haushalte vorlegen. Gleichzeitig wollen wir mehr Geld für Bildung, Familien und
1817 Infrastruktur investieren.

1818 Wir werden die Regelungen der Schuldenbremse einhalten. Auf Bundesebene setzen
1819 wir uns für mehr öffentliche Einnahmen ein. Das geht über die konsequentere Verfolgung

1820 von Steuerkriminalität, die Besteuerung von Finanzspekulationen und die
1821 leistungsgerechte Besteuerung der höchsten Einkommen und Vermögen.

1822 **Demokratie 2.0**

1823 Wir haben das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 gesenkt, barrierefreie Stimmzettel
1824 und Wahlinformationen in leichter Sprache ermöglicht und stellen die wichtigsten
1825 Informationen auch in den Migrantensprachen zur Verfügung. Zukünftig dürfen auch
1826 Menschen, die in allen Angelegenheiten unter Betreuung stehen, entsprechend der UN-
1827 Behindertenrechtskonvention von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

1828 All das haben wir getan, weil wir wollen, dass möglichst alle an unserer Demokratie
1829 teilhaben. Wir wollen, dass die Menschen in mobilen Wahllokalen schon vor dem
1830 Wahltermin ihre Stimme abgeben können und werden die Einführung von Online-Wahlen
1831 intensiv prüfen. Wir werden die Juniorwahl von Schülerinnen und Schülern zukünftig
1832 flächendeckend fördern.

1833 **Menschenfeindlichkeit bekämpfen**

1834 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit findet sich in vielen Facetten in weiten Teilen
1835 der Gesellschaft. Zwar werden rechtsextreme Einstellungen selten offen propagiert,
1836 rechtspopulistische, reaktionäre und antiaufklärerische Kräfte knüpfen aber an weit
1837 verbreitete Denkmuster an. Sie schüren Ängste gegenüber allen Menschen, die nicht ins
1838 Weltbild passen, um dann im Gewand des besorgten Bürgers ihre menschenfeindlichen
1839 Auffassungen salonfähig und damit langfristig mehrheitsfähig zu machen.

1840 Mit dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus haben wir den Kampf gegen
1841 Rassismus und Menschenfeindlichkeit gestärkt. Wir werden das Beratungsnetzwerk
1842 weiter ausbauen, so dass die Zivilgesellschaft überall in Schleswig-Holstein ortsnahe
1843 Ansprechpartnerinnen und -partner hat. Dafür werden wir die Beratungsteams von vier
1844 auf acht verdoppeln. Zudem fördern wir Konzepte der politischen Bildung, um
1845 Alltagsrassismus in der Gesellschaft wirksam zu bekämpfen.

1846 **Bürgerbeteiligung ausbauen**

1847 Wir haben die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gesenkt. Das Angebot
1848 an Themen über die abgestimmt werden kann, wurde erweitert. Im
1849 Volksabstimmungsrecht haben wir Online-Eintragungen ermöglicht.

1850 In unseren Gemeinde- und Stadträten sowie in den Kreistagen engagieren sich über
1851 13.000 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich. Demnach kommt auf 200 Einwohnerinnen
1852 und Einwohner eine Mandatsträgerin bzw. ein Mandatsträger, der ihre Interessen vertritt.
1853 Wir wollen auch diejenigen direkt einbinden, die kein politisches Mandat wahrnehmen
1854 können.

1855 Beteiligung kann aber nur dann funktionieren, wenn die Menschen einen umfassenden
1856 und rechtzeitigen Zugang zu den Informationen haben, die sie und ihre Zukunft
1857 betreffen. Wir werden Informationen, Pläne und Protokolle möglichst frühzeitig, digital zur

1858 Verfügung stellen. Dafür brauchen wir ein einheitliches Informationsportal, in dem alle
1859 Informationen verfügbar sind.

1860 **Öffentliche Sicherheit stärken – wir stehen an der Seite unserer** 1861 **Landespolizei**

1862 Die SPD steht nicht nur für soziale Sicherheit, sondern auch für öffentliche Sicherheit. Zu
1863 einem attraktiven öffentlichen Raum gehört, dass sich die Menschen in ihm frei und ohne
1864 Angst bewegen können. Die veränderte globale Sicherheitslage und neue
1865 Kriminalitätsphänomene können zu einer Verunsicherung der Bevölkerung führen. Die
1866 Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, dass der Staat sein Möglichstes
1867 unternimmt, um sie und ihr Eigentum vor Terror, Gewalt, Schaden und Straftaten zu
1868 schützen. Wir wollen weiterhin unbekümmert Konzerte und Fußballspiele besuchen, in
1869 unseren Zentren einkaufen gehen und an unseren Urlaubsorten entspannen.

1870 Wir setzen uns deshalb für eine moderne Landespolizei ein, die nach wie vor eine
1871 Bürgerpolizei bleibt und trotzdem den gestiegenen Ansprüchen an die öffentliche
1872 Sicherheit gerecht wird. Dabei haben der Erhalt der Präventionsarbeit und die sichtbare
1873 Präsenz im virtuellen und realen Lebensraum für uns eine besondere Bedeutung.
1874 Aufgrund der gestiegenen Anforderungen und der veränderten
1875 Kriminalitätsphänomene benötigen wir aber mehr gut ausgebildete, zeitgemäß
1876 ausgestattete und motivierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte.

1877 Deshalb haben wir den geplanten Personalabbau gestoppt und kurzfristig 200
1878 zusätzliche Stellen geschaffen. Außerdem wurden über 200 Ausbildungsstellen
1879 zusätzlich geschaffen, so dass insgesamt mehr als 400 junge Polizistinnen und
1880 Polizisten im Jahr 2016 ihre Ausbildung begonnen haben.

1881 Durch eine auch in den kommenden Jahren hohe Ausbildungsleistung wollen wir
1882 dauerhaft mindestens 500 Polizeibeamte mehr auf die Straße bringen, um so bei
1883 zunehmender Aufgabenvielfalt eine spürbaren Entlastung für unsere Landespolizei
1884 herbeizuführen und um mittelfristig auch die Wochenarbeitszeit von denjenigen zu
1885 verkürzen, die über lange Jahre den belastenden Schichtdienst geleistet haben.

1886 Die von der SPD geführte Landesregierung hat seit 2012 bereits viel für die Polizei
1887 getan: Sie hat die Eingangsbesoldung, die Erschwerniszulage und den Zusatzurlaub
1888 nach Nachtdiensten erhöht. Es wurden viele Beförderungen ausgesprochen und die
1889 Ausrüstung verbessert. Darüber hinaus haben wir dafür gesorgt, dass im Dienst verletzte
1890 Polizeibeamte ihre Schmerzensgeldansprüche vom Land erstattet bekommen, wenn der
1891 Täter nicht zahlungsfähig ist.

1892 Wir erkennen, dass wir diejenigen, die für unsere Rechte und Demokratie täglich
1893 eintreten, optimal vor Angriffen schützen müssen. Daher werden wir uns dafür
1894 einsetzen, dass Gewalt gesellschaftlich geächtet wird und die Täter eine angemessene
1895 Bestrafung erfahren.

1896 Bürgerwehren und Hilfspolizisten lehnen wir ab. Sie sind keine Lösung, sondern bringen
1897 nur neue Probleme.

1898 **Für eine bürgernahe Justiz**

1899 Wir haben den Täter-Opfer-Ausgleich gestärkt. Zudem haben wir gemeinsam mit
1900 Hamburg eine Lösung für die Sicherungsverwahrung gefunden.

1901 Die Justiz soll möglichst effizient und bürgernah sein. Dazu gehören neben
1902 verständlicher Sprache die elektronische Erreichbarkeit der Justiz sowie die
1903 elektronische Akte. Dadurch werden Vorgänge schneller und einfach bearbeitet. Für die
1904 zügige Einführung werden wir sorgen.

1905 **Eine komplexe Welt braucht spezialisierte Gerichte**

1906 Durch zusätzliche Mittel für Beratungs- und Prozesskostenhilfe haben wir den Zugang zu
1907 Gerichten erleichtert.

1908 Wir wollen Gerichte und Staatsanwaltschaften besser dabei unterstützen, mit den
1909 vielfältigen gesellschaftlichen und rechtlichen Entwicklungen unserer Gesellschaft Schritt
1910 zu halten. Dazu richten wir neue Fachkammern bei den Landgerichten ein: für Bank- und
1911 Anlagerecht, Baurecht, Versicherungsrecht, Medizinrecht etc.

1912 **Retten, Löschen, Bergen, Schützen**

1913 Die Freiwillige Feuerwehr ist ein herausragendes Beispiel für den selbstlosen Einsatz für
1914 die Gemeinschaft. In Schleswig-Holstein engagieren sich über 50.000 Menschen
1915 freiwillig in 1.400 Wehren. Viele Jugendliche lernen so frühzeitig, sich für die
1916 Gemeinschaft zu engagieren und in einem Team zu arbeiten. Auch bei der
1917 Flüchtlingsintegration spielt die Feuerwehr eine wichtige Rolle.

1918 Mit der Reform des Brandschutzgesetzes und der Ermöglichung von Kinderwehren
1919 haben wir die Voraussetzung für die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren nachhaltig
1920 verbessert.

1921 Wir werden den Landesfeuerwehrverband auch weiterhin vor allem bei der schwieriger
1922 werdenden Nachwuchswerbung unterstützen, deshalb werden wir die von uns
1923 eingeführte finanzielle Förderung der Nachwuchsarbeit verstetigen.

1924 **Daseinsvorsorge für alle**

1925 Wir haben das Gemeindewirtschaftsrecht reformiert. Dadurch wurden rechtliche Hürden
1926 für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen gesenkt. Das gilt insbesondere für
1927 Energieversorgung, Erzeugung Erneuerbarer Energien und Breitbandausbau. Denn wir
1928 wollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken, sie ist weder überflüssig noch eine
1929 Wohltat oder überflüssiger Bürokratismus. Sie soll allen Menschen gleichberechtigt zur
1930 Verfügung stehen. Das gilt für Bildung, Gesundheit, Mobilität, Kultur, bezahlbaren
1931 Wohnraum und vielem mehr.

1932 Wir werden die Stärkung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit fortsetzen, denn für uns ist
1933 sie ein wichtiger Baustein in der Daseinsvorsorge, der ausgebaut und nicht privatisiert
1934 werden soll.

1935 **Sport**

1936 **Sportstätten sanieren und fördern**

1937 Wir haben bisher die Sanierung von Sportstätten aus dem Landeshaushalt mit 2 Mio.
1938 Euro pro Jahr gefördert. Schwerpunkt ist der Schwimmsport. Diese investiven
1939 Programme werden wir stärken.

1940 Städte und Gemeinden werden bei der Sanierung von Schwimmbädern und Sportstätten
1941 unterstützt. Politik und Sport müssen die großen Herausforderungen der Zukunft
1942 gemeinsam angehen. Dafür wird das Land einen Zukunftsdialog „Sport in Schleswig-
1943 Holstein“ initiieren. Dabei sollen gemeinsame Leitlinien und Vereinbarungen für eine
1944 Stärkung des Sports vereinbart werden.

1945 **Sport fördern**

1946 Wir haben die Sportförderung aus Glücksspielmitteln von 6,3 Mio. Euro in 2012 auf 8
1947 Mio. Euro in 2015 erhöht. Im Sport werden grundlegende Werte des gesellschaftlichen
1948 Miteinanders vermittelt: Toleranz und Respekt, Solidarität und Fairness. Zudem tragen
1949 die Leistungen unserer Spitzensportlerinnen und -sportler wesentlich zur Wahrnehmung
1950 und damit auch zur Stärkung unseres Landes bei.

1951 Wir bekennen uns auch in Zukunft zur Sportförderung – mittelbar über die Förderung des
1952 Landessportverbands und direkt über die Unterstützung von Meisterschaften,
1953 herausragenden Projekten und Initiativen. Auch der Spitzensport und insbesondere die
1954 Förderung der dualen Karriere der Athleten stehen für uns im Fokus. Die Initiative „Kein
1955 Kind ohne Sport“ wollen wir weiter intensivieren. Kooperationen von Vereinen und
1956 Schulen sollen durch verbindliche Vereinbarungen mit dem Landessportverband noch
1957 besser gefördert werden. Der Sport muss an den Erträgen aus Lotto und Glücksspiel
1958 angemessen beteiligt werden.

1959 **Schwimmen lernen rettet Leben**

1960 In Schleswig-Holstein kann etwa jeder zweite Viertklässler nicht sicher schwimmen.
1961 Schwimmen zu können ist (überlebens-) wichtig. Dies gilt besonders in einem
1962 Bundesland zwischen den Meeren und mit vielen Seen. Wir wollen dieses Problem
1963 anpacken. Daher werden wir die bereits gestartete Initiative mit dem Kinderschutzbund
1964 und anderen Akteuren ausbauen. Wer zur Schule geht, soll schwimmen können.

1965

1966 **Kultur**

1967 Die Küstenkoalition hat die Kultur gestärkt. Im Rahmen des Kulturdialogs hat das Land
1968 mit vielen Partnern die „Kulturperspektiven Schleswig-Holsteins“ entwickelt. Sie dienen
1969 als Leitlinien unserer Kulturpolitik. Außerdem wurde die Stellung der Bibliotheken
1970 endlich in einem Gesetz festgeschrieben. Durch die neuen Regeln für den
1971 Denkmalschutz ist das materielle kulturelle Erbe gesichert. Die SPD ist Garant dafür,
1972 dass der Kulturbereich auch in der nächsten Legislaturperiode nicht zu Tode gespart
1973 wird.

1974 **Kulturfinanzierung und Zusammenarbeit mit den Kommunen**

1975 Wir haben einen landesweiten Kulturdialog geführt. So haben wir gemeinsam die
1976 Leitlinien unserer Kulturpolitik festgelegt. Weitere Haushaltskürzungen haben wir
1977 verhindert. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen eine starke Kulturlandschaft in
1978 Schleswig-Holstein erhalten.

1979 Das Land wird eine größere finanzielle Verantwortung übernehmen. Das sichert unsere
1980 kulturellen Angebote. Wir schreiben die Förderung privater Träger über mehrere Jahre
1981 verbindlich fest. Innovative Kulturprojekte von privaten Trägern werden wir über
1982 „Kulturbürgschaften“ absichern. Den Investitionsstau in unseren Museen, Bibliotheken,
1983 Volkshochschulen und soziokulturellen Zentren wollen wir abbauen.

1984 **Musik für alle Kinder**

1985 Musik verbindet Menschen. Sie überwindet sprachliche und kulturelle Grenzen. Die
1986 positiven Auswirkungen des Musizierens sind vielfach nachgewiesen und belegt.
1987 Deshalb wollen wir jedem Kind in Schleswig-Holstein die Möglichkeit geben, ein
1988 Instrument zu erlernen.

1989 Dabei setzen wir auf die enge Zusammenarbeit von Grundschulen, Musikschulen und
1990 Kulturstiftungen. Diese werden wir gezielt unterstützen. Außerdem werden wir die
1991 Förderung der Musikschulen verbessern. Musik-AGs und Schüler-Bands helfen wir bei
1992 der Anschaffung von Instrumenten. In der Kinder- und Jugendarbeit werden wir die Rolle
1993 der Musik stärken.

1994 **Kulturelle Bildung und digitale Entwicklung**

1995 Kulturpolitik muss sich weiterentwickeln. Wir wollen die kulturelle Bildung von Kindern
1996 und Jugendlichen stärker fördern. Und gleichzeitig die Digitalisierung unserer
1997 Kulturlandschaft vorantreiben. Wir werden eine Digitalisierungsstrategie „Kultur“
1998 entwickeln. Das Programm der Kulturvermittlerinnen und Kulturvermittler wird ausgebaut
1999 und künftig auch den vorschulischen Bereich einbeziehen. Die so ausgebildeten Künstler
2000 und Lehrkräfte verbessern die Kooperation zwischen Schulen und Kultur.

2001

2002 **Theater**

2003 Im Rahmen der Reform des kommunalen Finanzausgleiches haben wir die Förderung
2004 der von uns unterstützten Theater dynamisiert. Wir stehen zum Schleswig-
2005 Holsteinischen Landestheater und zu den Theatern in Kiel und in Lübeck. Wir wollen das
2006 Theaterangebot im Land sichern und weiter ausbauen. Ein Schwerpunkt sind die
2007 Angebote für Kinder und Jugendliche.

2008 **Schleswig-Holstein Musikfestival**

2009 Das Schleswig-Holstein Musik Festival (SHMF) ist eines der herausragenden
2010 Kulturereignisse im Land. Es strahlt in alle Regionen und darüber hinaus. Wir wollen
2011 diese Erfolgsgeschichte fortschreiben. Dafür bleibt das Land ein verlässlicher Partner.

2012 **Landesgeschichte**

2013 Die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen hat dazu beigetragen, die
2014 Landesgeschichte zu erforschen und erlebbar zu machen. Dieser Weg ist noch nicht
2015 abgeschlossen. Wir wollen ihn weiterhin gemeinsam gehen. Ein Schwerpunkt liegt auf
2016 den letzten 100 Jahren. Diese Zeit prägt unsere Identität besonders. Diese
2017 Zeitgeschichte werden wir in „Landesausstellungen“ an unterschiedlichen Orten in
2018 Schleswig-Holstein präsentieren.

2019 **Gedenkstättenarbeit**

2020 Die Landesregierung hat die Förderung der Gedenkstätten neu geordnet und ein
2021 Landesgedenkstättenkonzept auf den Weg gebracht. Gedenkstätten sind gleichermaßen
2022 Erinnerungs-, Gedenk-, Lern- und Forschungsorte. Den Erhalt des Gedenkens an die
2023 nationalsozialistische Vergangenheit in Schleswig-Holstein verstehen wir als große
2024 Verantwortung. Die Bürgerstiftung schleswig-holsteinischer Gedenkstätten werden wir
2025 als Plattform für Gedenkstättenarbeit bei der Modernisierung und Professionalisierung
2026 unterstützen.

2027 **Medien und Medienkompetenz**

2028 Mit dem Internet sind gewaltige Chancen verbunden. Gerade in Deutschland werden sie
2029 in Schulen und Hochschulen noch zu selten genutzt. Wir wollen, dass die Menschen in
2030 unserem Land mit der technischen Entwicklung Schritt halten.

2031 **Die Schule der Zukunft ist digital**

2032 Digitale Medien verändern das Leben. Deshalb haben wir das Thema durch das neue
2033 Lehrkräftebildungsgesetz in sämtlichen Lehramtsstudiengängen verankert. Durch das
2034 Projekt „Lernen mit digitalen Medien“ werden bereits 20 Schulen beim Einsatz digitaler
2035 Medien unterstützt. 40 Schulen erproben den Einsatz digitaler Schulbücher. Digitale
2036 Medien sollen ihren festen Platz an allen Schulen haben.

2037 Wir werden ein Programm zur Förderung von digitalen Medien in Schulen von
2038 mindestens 2,5 Mio. Euro auflegen. Alle Schülerinnen und Schülern sollen kompetent mit

2039 digitalen Medien umgehen können. Dazu wird ein neuer Medienrahmenplan erarbeitet.
2040 Die Schulen können auf digitale Unterrichtsmaterialien zurückgreifen.

2041 Auf diese Weise können sich Schulen zeitnah mit hochwertigen Unterrichtseinheiten zu
2042 aktuellen Themen unterstützen. Das entlastet Lehrkräfte und erhöht die didaktische
2043 Qualität des Unterrichts. Phasen von gesteuerter und selbstgesteuerter Lehre lassen
2044 sich so optimal verbinden.

2045 Gemeinsam mit den Schulträgern werden wir Musterlösungen für Investitionen im
2046 Bereich digitalen Lernens erarbeiten. Fachliche Fortbildungsangebote für Lehrkräfte
2047 werden wir ausbauen.

2048 **Glasfasernetz**

2049 Wir haben zugesagt alle Schulen des Landes an das Glasfasernetz anzuschließen. Wir
2050 wollen unseren Schülerinnen und Schüler den schnellstmöglichen Zugang zum digitalen
2051 Wissen der Welt bieten. Dafür werden wir bis spätestens 2020 jede Schule in Schleswig-
2052 Holstein mit einem Glasfaseranschluss versorgen.

2053 **Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk**

2054 Wir stehen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Er ist ein Garant für Meinungsvielfalt
2055 und unabhängige Berichterstattung. Wir wollen den öffentlichen Rundfunk erhalten und
2056 weiterentwickeln.

2057 Er muss aber transparenter werden. Sitzungen des Rundfunkrates sollen öffentlich sein.
2058 Vertreter der Minderheiten in Schleswig-Holstein sowie aller großen religiösen
2059 Gemeinschaften sollen im Rundfunkrat beteiligt sein. Wir fördern den Auftrag des NDR
2060 zur regionalen Berichterstattung und die Berücksichtigung von Minderheitensprachen
2061 und -kulturen im Programm.

2062 **Jugendmedienschutz**

2063 Der Schutz von Kindern und Jugendlichen bei der Mediennutzung ist eine wichtige
2064 öffentliche Aufgabe. Wir wollen Kinder und Jugendlichen vor unangemessenen Inhalten
2065 in den Medien schützen. Freiwillige technische Maßnahmen können helfen. Vorrangig
2066 setzen wir auf den Grundsatz „Löschen statt Sperren“. Und auf die Vermittlung von
2067 Medienkompetenz in den Schulen.

2068 **Diskriminierungsfreie Datenübertragung**

2069 Der technologische Wandel schafft neuen politischen und rechtlichen Handlungsbedarf.
2070 Wir wollen freien und gleichen Zugang zum Internet. Deshalb setzen wir uns für die
2071 Gleichbehandlung aller Datenpakete im Internet ein. Das wird Netzneutralität genannt.

2072

2073 **Minderheiten**

2074 Schleswig-Holstein ist seit jeher von kultureller Vielfalt geprägt. Das wollen wir
2075 bewahren. Wir begreifen unsere Unterschiedlichkeit als Stärke. Friesen, deutsche Sinti
2076 und deutsche Roma, Südschleswiger und Nordschleswiger sind die Botschafter unserer
2077 Vielfalt. Das deutsch-dänische Grenzland ist eine kulturelle, wirtschaftliche
2078 Kontaktfläche, die sich durch engagierte Mitgestaltung der Minderheiten und unser aller
2079 Einsatz zunehmend entfaltet.

2080 **Politik für und mit Minderheiten**

2081 Wir haben den Schutz der nationalen Minderheiten in der Landesverfassung
2082 ausgeweitet. Die von CDU und FDP vorgenommenen Einschnitte haben wir
2083 zurückgenommen. Wir wollen auch weiterhin unsere internationale Vorbildfunktion in der
2084 Minderheitenpolitik mit Leben füllen.

2085 Mit uns wird es eine verlässliche und fortgesetzte Förderung ihrer besonderen,
2086 verfassungsmäßig geschützten Belange, z.T. auch durch Ziel- und
2087 Leistungsvereinbarungen für ihre Einrichtungen und Dachverbände, geben. Zudem
2088 wollen wir die kommunale Mitwirkung an der Umsetzung von der Minderheitenpolitik,
2089 besonders bei Sprache und Kultur im öffentlichen Raum, vertiefen. Wir wollen ihre
2090 kommunale Mitwirkung stärken. Das Modell der Bildungsberater im Bereich der
2091 Migrationsberatung werden wir auch für zugewanderte Roma einsetzen.

2092 **Minderheitenbeauftragte**

2093 Wir haben die Minderheitenbeauftragte wieder weisungsungebunden gemacht. Das Amt
2094 einer oder eines ehrenamtlichen, unabhängigen, Minderheitenbeauftragten – angesiedelt
2095 beim Ministerpräsidenten – hat sich bewährt. Wir wollen auch an die erfolgreiche
2096 internationale Arbeit in der Minderheitenpolitik und den engagierten Einsatz vor Ort
2097 anknüpfen. Auch die niederdeutsche Sprechergruppe in Schleswig-Holstein und die
2098 Grenzverbände gehören selbstverständlich in diesen Arbeitsbereich.

2099 **Haus der Minderheiten**

2100 Wir unterstützen die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen. Sich kennen und
2101 verstehen ist die beste Friedenspolitik. Dazu gehört, das geplante Haus der
2102 europäischen Minderheiten in Flensburg umzusetzen. Dieses Projekt sollte gemeinsam
2103 von Bund, Land und dem Königreich Dänemark getragen werden.

2104 **Sprachenpolitik**

2105 Mit dem neuen Handlungsplan Sprachenpolitik haben wir Sprachenvielfalt und
2106 Mehrsprachigkeit in Schleswig-Holstein gefördert. Das neue Schul- und Kitagesetz
2107 verankert die Regional- und Minderheitensprachen (Plattdeutsch, Friesisch, Dänisch).
2108 Wir wollen an diese erfolgreiche Sprachenpolitik anknüpfen. Wir werden dafür sorgen,
2109 dass die schleswig-holsteinische Sprachenvielfalt noch stärker im öffentlichen Raum
2110 bemerkbar wird. Die beitragsfinanzierten Sendeanstalten stehen in der Pflicht.

2111 **Schleswig-Holstein in der Mitte Europas**

2112 **Europapolitik**

2113 Unsere Regierung hat die Stellung Schleswig-Holsteins in Europa gestärkt. Wir nutzen
2114 die europäischen Förderprogramme für eine gleichwertige Stärkung der Regionen im
2115 Land. Unsere Minderheitenpolitik ist Vorbild für andere Länder.

2116 Wir wissen: Für eine gute Zukunft braucht Schleswig-Holstein ein starkes und geeintes
2117 Europa ohne Grenzen. Dafür setzen wir uns politisch ein. Auf diesem Weg lassen wir
2118 uns nicht von den derzeitigen Grenzkontrollen in Dänemark und Schweden irritieren.

2119 Europa darf sich nicht auf wirtschaftliche Zusammenarbeit beschränken. Viele Probleme
2120 lassen sich heute nicht mehr auf der Ebene der Nationalstaaten lösen. Deshalb wollen
2121 wir ein soziales Europa, das gemeinsame Regeln für gute Arbeit, gerechte Steuern und
2122 eine soziale Grundsicherung schafft.

2123 **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

2124 Durch unsere Nord- und Ostseepolitik ist die soziale und ökologische Modellregion in der
2125 Mitte Europas weiter zusammengewachsen. Im Rahmen der EU-Ostseestrategie haben
2126 wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, Kultur und regionale Identität aufzunehmen. Über
2127 das neu geschaffene Ostseejugendforum beteiligen wir junge Menschen an der Arbeit
2128 der Ostsee-Parlamentarierkonferenz. Die Beziehung zu unserem wichtigen Partner
2129 Dänemark haben wir weiter vertieft.

2130 Mit unseren Nachbarn an Ost- und Nordsee werden wir die integrierte maritime Politik im
2131 Rahmen bestehender Strategien kontinuierlich vorantreiben. Seeverkehre und
2132 Schiffssicherheit stehen für uns dabei ebenso im Fokus wie Umwelt, Meeressauberkeit
2133 und Naturschutz.

2134 Die Zusammenarbeit in Bildung, Forschung und Wissenschaftsprojekten, der
2135 grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung und im Arbeitsmarkt, im Bereich Kultur
2136 und Tourismus bleiben neben der wirtschaftlichen und sozialen Weiterentwicklung die
2137 Schwerpunkte unserer Politik. Dabei beziehen wir die baltischen Länder gezielt ein. Wir
2138 wollen unseren Sozial-, Wirtschafts- und Verkehrsraum gemeinsam mit allen Nachbarn
2139 weiterentwickeln. Barrieren des grenzübergreifenden Arbeitsmarktes und der Sprache
2140 werden wir weiter abbauen, gemeinsame Bildungsabschlüsse werden wir organisieren,
2141 genau wie die Anerkennung von Berufsabschlüssen.

2142 Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, den jungen Menschen Sitz und Stimme in
2143 der Ostsee-Parlamentarierkonferenz zu geben. So wollen wir einen wirklichen Dialog
2144 zwischen Politik und Jugend über aktuelle Themen der Ostseepolitik ermöglichen.

2145 **Norddeutsche Kooperation**

2146 Die Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern haben wir vertieft. Das neue
2147 Gastschulabkommen mit Hamburg verbessert die Situation von Schülerinnen und

2148 Schülern. Sie können nun ohne Einschränkung weiterführende Schulen des
2149 Nachbarlandes besuchen. Der gemeinsame Parlamentssausschuss von Landtag und
2150 Hamburger Bürgerschaft ist auf den Weg gebracht.

2151 Wir wollen die Kooperation weiter vertiefen und die enge Zusammenarbeit der
2152 norddeutschen Länder fortführen. Den gemeinsamen Parlamentsausschuss werden wir
2153 zu einem wichtigen Forum für den Austausch über dieses Ziel machen.